

# Neuer Vorwärts

## Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 163 SONNTAG, 26. Juli 1936

Aus dem Inhalt:  
Flüchtlingssorgen und  
Flüchtlingshilfe  
Die Gleichschaltung Österreichs  
Das totale Strafrecht  
Schachts Kopfschmerzen

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

# Der Burgfrieden der Betrogenen

### Geschieht wirklich nichts während der Olympiade?

In einer Kammerrede vom 15. Juli 1923 fragte Mussolini: »Was ist denn der Staat?« — und er antwortete selbst darauf: »Der Staat — das ist der Polizist.« Wenn ein Diktator Polizei sagt, dann meint er nicht eine Einrichtung zum Schutze der Sicherheit und der staatsbürgerlichen Freiheit, sondern eine Unterdrückungsmaschine. Der Polizist ist in den faschistischen Ländern gleichbedeutend mit Terrorist. Der faschistische Staat — das ist der Terror.

Was ist das Dritte Reich? Der Terror gegen alle, die nicht Knechte der Diktatur sein wollen. Der Staat Hitlers tritt den Untertanen gegenüber verkörpert in der Geheimen Staatspolizei. Das ist für sie der Staat, das ist die eigentliche Staatsgewalt. Wenn Hitler kürzlich den Chef der Geheimen Staatspolizei Himmler zum »Reichssicherheitsminister« ernannt hat, so hat er nur formal unterstrichen, daß das Dritte Reich ein Polizeistaat ist. Die Polizei ist die letzte entscheidende Instanz. Sie droht dem Verwaltungsbeamten wie dem Richter, sie mahnt ihn durch ihre Existenz daran, daß er nur ein Knecht ist, der Befehle auszuführen hat, daß er sich völlig der Willkür der Mächtigen unterzuordnen habe, zu denen er nicht gehört.

Soeben hat sich in Danzig der Uebergang von den Resten eines Rechtsstaates zum reinen Polizeistaat vollzogen. Auch der Danziger Bürger kann heute sagen: der Staat — das ist der Polizist. Es gibt keine Instanz mehr, die Polizeianordnungen nachprüfen dürfte. Die Polizei ist allmächtig. Sie setzt selbst Recht. Wer aber befiehlt der Polizei? Der Reichssicherheitsminister Himmler.

Der nationalsozialistische Parteistaat greift um sich. Er begnügt sich nicht damit, daß in Deutschland eine Welle brutaler Verfolgung der anderen folgt, daß Terroristen im Richtertalar Tausende von Jahren Zuchthausstrafe auf die Opfer des Terrors herablassen lassen, daß auf Befehl Todesurteile gegen Oppositionelle gefällt und vollstreckt werden. Er will die Umwelt seiner Segnungen teilhaftig werden lassen. Er dringt in Oesterreich ein, er setzt sich in Danzig fest, er erwägt, welches die nächsten Opfer sein sollen.

Er fürchtet keine Hemmnisse auf diesem Wege! Die Welt will betrogen sein. Sie spricht vom Frieden, wenn die nationalsozialistische Diktatur neue Gewaltakte durchführt, sie steckt den Kopf um so tiefer in den Sand, je dreister die Expansion des deutschen Faschismus vorgenommen wird. Gerade jetzt wird offiziell und offiziös wieder ein Zweckoptimismus vertreten, der der nationalsozialistischen Diktatur das Spiel erleichtert. Große englische Blätter, die »Times« an der Spitze, gaukeln der Welt vor, daß das Dritte Reich ein geordnetes Regime darstelle. Sie reden vom Sieg des gemäßigten Flügels des Regimes, der sich unter Führung von Schacht und Papen gegen die wilden Männer, ja gegen Hitler selbst durchgesetzt hätte. Sie bedecken die schauerlichen Schandtaten und Verbrechen des Systems mit dem Schleier des Verschweigens. Es könnte das gute Gewissen der Olympiadfahrer notleiden, wenn ihnen ihre Presse wahrheitsgetreu berichten würde, welche Hölle sich hinter den glänzenden Fassaden verbirgt, die zur Olympiade in Deutschland aufgebaut worden sind! Hinter diesen Behauptungen von einer Konsolidierung der gemäßigten Kräfte im Dritten Reich soll die Gleichschaltung

Oesterreichs, soll der freche Raub der Danziger Verfassung verschwinden.

Der Völkerbund — und im Völkerbund vor allem die führende englische Regierung — werden auf diese Weise aus Opfern des Hitlersystems allmählich zu seinen Mitschuldigen. Weil sie den Völkern nicht den schauerlichen politischen und moralischen Zusammenbruch eingestehen wollen, den sie erlitten haben, lügen sie sie über die wahre Bedeutung der neuen Aktivität des Hitlersystems hinweg. Wahrlich, der Weg ist nicht mehr weit bis zu dem Punkte, an dem die englische Regierung vertrauensvoll Hitler die Aufgabe der Pazifizierung Mittel- und Osteuropas überlassen wird, so wie einst die Regierung Mac Donalds Mussolini zu mächtiger Stellung in Europa verholfen hat. Je schwächer die englische Regierung innerpolitisch wird, um so stärker wird ihre Affinität zum Hitlersystem. Es sind ja in der Masse die Linken, die Radikalen, die Nichtbesitzenden, die Arbeiter, die die Opfer des faschistischen Terrors sind — und nicht jene Klassen, die in der gegenwärtigen englischen Regierung immer stärker den Ton angeben.

Daher das Gerede vom Sieg der gemäßigten Richtung im Hitlerregime, daher die Täuschung der Völker über den wahren Charakter der Aktivität dieses Systems, daher der internationale Olympiaburgfrieden, der aber, wie die Ereignisse lehren, eine höchst einseitige Angelegenheit ist. Ist es nicht ein empörendes Schauspiel, wenn europäische Regierungen heute einerseits von einer Pazifizierung des Hitlersystems reden und ihre ganze Hoffnung in feierlichen Erklärungen auf die Friedensliebe von Hitler und Genossen setzen, und wenn sie andererseits der Sorge öffentlich Ausdruck verleihen, daß sie nach der Olympiade wieder von einer neuen deutschen Emigrationswelle belästigt werden könnten, einer Folge der unveränderten Wildheit und Grausamkeit des Systems die einen schweren Schlag gegen den offiziellen Optimismus bedeuten wird, der jetzt geflissentlich zur Schau getragen wird!

Die Zeit der Selbsttäuschungen, der Täuschungen, des offiziellen Optimismus wird bald vorüber sein. Was die deutsche Handauflegung auf Oesterreich und Danzig

bedeutet, welche neue terroristische Welle in Deutschland heute schon für die Zeit nach der Olympiade vorbereitet wird, das wird bald ans Tageslicht kommen. Heute schon ist an Sonnabenden jenen europäischen Staatsmännern nicht wohl zu Mute, die mit besonderem Eifer Hitler zum obersten Garanten des Friedens in Europa machen möchten. Denn die Sonnabende sind jene Tage, an denen der Diktator seine Streiche führt, die den anderen ihre Ohnmacht und ihre Minderwertigkeit zu Gemüte führen sollen. Rheinlandbesetzung — Pakt mit Oesterreich — Bruch der Danziger Verfassung — alles Sonnabendsüberraschungen. Mit Sorgen denken sie daran, welche Ueberraschungen weiterhin in ihr Wochenende fallen könnten. Heute klammern sie sich noch an die Hoffnung: während der Olympiade geschieht nichts. Aber Oesterreich und Danzig — ist das nichts? Lehrt die Ernennung Himmlers, des Mannes der Junischlächtere von 1934, zum Reichssicherheitsminister nicht mehr über das wahre Wesen des Hitlersystems als alle Beschönigungsversuche und Fassaden zusammengekommen?

## Die Danziger Verfassung zerrissen

### Jagdschein für Hitler in Zentraleuropa?

Für die Hitlerpolitik existiert der Völkerbund praktisch nicht mehr. Sie pfeift auf die Garantie der Danziger Verfassung durch den Völkerbund. Mit einer einzigen Verordnung sind alle verfassungsmäßigen Garantien der Rechte der Danziger Bürger außer Kraft gesetzt worden. Die Polizei ist für allmächtig erklärt worden. Ihre Anordnungen auf dem Gebiet der Vereinsrechte, des Versammlungsrechts, des Pressewesens, der Schutzhaft, des Waffentragens sind künftighin aller gerichtlichen Nachprüfung entzogen. Das ist die reine Parteidiktatur der Nationalsozialisten. Die Lage in Danzig ist heute die gleiche wie in Deutschland im Sommer 1933 — die Totalität des Naziregimes ist praktisch hergestellt.

Diese Verordnung zerreißt mit den Rechten der Danziger Bürger zugleich die Verpflichtungen, die der Völkerbundsrat dem Danziger Senat feierlich auferlegt hatte. Sie ist eine Verhöhnung des Völkerbunds kommissar Lester. Der Gauleiter Forster hat diese Kriegserklärung an den Völkerbund noch unterstrichen. Auf einem Kreisparteitag der NSDAP in Sobowitz bei Danzig sprach er über die Aufgaben und die Stellung der NSDAP in Danzig. Er sagte u. a.: »Hinter der NSDAP steht die ganze Mehrheit der Danziger Bevölkerung. Darum ist sie allein verantwortlich für die innere Entwicklung Danzigs, nicht aber der Völkerbunds kommissar Lester.« Auf die letzten Vorgänge eingehend erklärte der Redner, die Tätigkeit des Völkerbunds kommissars Lester in Danzig sei nur geeignet, aus Danzig einen Herd der Unruhe und des Bolschewismus zu machen. Man werde daher von nun an die notwendigen Maßnahmen zur innerpolitischen Befriedung ohne Herrn Lester durchführen. Die Nationalsozialisten seien nicht gewillt, den Frieden im Osten, insbesondere aber die guten Beziehungen zu dem Nachbarstaat Polen, durch die Hetze der

vom Völkerbunds kommissar Lester unterstützten Opposition stören zu lassen.

Der Völkerbund steht also vor der Tatsache eines neuen Putsches. Er steht vor der Entscheidung, ob er auch diese Kriegserklärung ruhig hinnehmen und damit praktisch Hitler einen Jagdschein auf Mitteleuropa geben soll.

## Die Rolle des Völkerbundes

### Die Pflicht der westeuropäischen Demokratien.

Ueber die Rolle des Völkerbunds in der Danziger Frage schreibt unser Mitarbeiter Dr. Richard Kern:

Die bibische Geste, die der Hitlerjunge Greiser den Journalisten machte, galt in Wirklichkeit dem Völkerbund. Herr Eden, der Vorsitzende des Rats und Außenminister des englischen Weltreichs, fand auf die Verhöhnung ebensowenig eine Antwort wie der Außenminister Frankreichs. Triumphierend verließ Hitlerjunge Quex die Völkerbundsstadt, als Triumphator zog er in Danzig ein. Der Opposition — Sozialdemokraten, Deutschen, Zentrum — droht die Vernichtung. Die Danziger Verfassung, vom Völkerbund garantiert, ist zum Fetzen Papier geworden.

Der Völkerbundsrat hat auf Antrag des Herrn Eden, der bis vor kurzem noch eine Hoffnung auch der englischen Linken gewesen ist, Hitlers Bundesgenossen und Spießgesellen, den polnischen Außenminister Beck, mit der Prüfung der Danziger Beschwerden betraut. Eine Dreierkommission wurde eingesetzt, bestehend aus England, Frankreich und Portugal, der Herr Beck einmal — vielleicht, wenn alles gut geht noch vor der nächsten Herbattagung des Völkerbundes — über seine Verhandlungen Bericht erstatten soll.

Herrn Becks Stellung ist klar: der Exponent der polnischen Diktatur und der Blindpolitik mit Hitlerdeutschland hat an der

Aufrechterhaltung der Danziger Verfassung nicht das geringste Interesse. Ihn kümmert allein die Aufrechterhaltung der polnischen Machtstellung und des polnischen Wirtschaftseinflusses in der »Freien Stadt«. Da Hitler die polnischen Interessen respektiert, so wird ihm Herr Beck die kleine Gefälligkeit nicht verweigern, die Danziger Opposition, und das ist heute unzweifelhaft die Mehrheit der Deutschen in Danzig, dem nationalsozialistischen Terror auszuliefern. Bis Herr Beck Frankreich, England und Portugal Bericht erstattet haben wird, wird die Danziger Opposition — so rechnen Hitler und sein Spießgeselle — bereits nicht mehr existieren. Ein neues fait accompli wird geschaffen sein und bisher haben solche vollzogene Tatsachen, auch wenn sie bedeutungsvoller waren als die Danziger Angelegenheit, nach einigen Protesten noch immer ihre Anerkennung gefunden.

Die englische Labour Party hat mit großer Energie und mit idealem Schwung im abessinischen Krieg die Notwendigkeit der Einhaltung von Verträgen und die Durchsetzung des Rechts gefordert. Wir hätten den bescheidenen Wunsch, daß von dieser Energie und diesem idealen Schwung noch ein Restchen für Danzig übrigbliebe. Es handelt sich freilich nicht um Abessinien, nicht um Krieg mit Tanks und Giftgasen, unter deren Garantie auch die englische Unterschrift steht. Es handelt sich um keine allzugroße Sache. Zur Vernichtung der Opposition reichen Totschläger und Brownings aus, und zur Niederhaltung der Unterworfenen braucht man nicht Fluggeschwader, es genügen Konzentrationslager. Aber es sind schließlich deutsche Bürger und Arbeiter, die sich bisher im Vertrauen auf den Völkerbund, und das heißt im Vertrauen auf die englische und französische Demokratie, gegen die Unterdrückung wirklich heldenmütig gewehrt haben. Es sind Arbeiter, die der Internationale angeschlossen

und die wohl Anspruch darauf haben, daß so starke und einflußreiche Sektionen der Internationale wie die englische und französische Partei, sich um ihr Schicksal bekümmern.

Leider muß gesagt werden, daß große Gefahr besteht, daß die Danziger Angelegenheit sehr rasch aus dem Gebiet der großen Politik verschwindet. Als neulich der englische Kriegeminister in Paris eine geschickte Rede über die Außenpolitik hielt, in der er das enge Zusammengehen der englischen und französischen Demokratie als zwingende Notwendigkeit jeder englischen Außenpolitik formulierte, da arrangierte die Labour Party im englischen Unterhaus eine merkwürdige Debatte, in der ihre Führer gegen die fürchterliche Gefahr einer englisch-französischen Militärallianz zu Felde zogen. Dieselbe Labour Party verzichtete aber nach der Rückkehr Edens, nach dem Vorstoß Greisers, auf jede Debatte über auswärtige Politik. Und doch schiene uns das Schicksal der vom Völkerbund garantierten Verfassung von Danzig, an der Leben und Freiheit vieler Menschen hängt, wichtiger als die einigermaßen gezwungene Kritikerrolle einer der vernünftigsten Reden, die seit langer Zeit von einem englischen Minister zu hören war.

Nicht anders steht es in Frankreich. Weder die sozialistische noch die kommunistische Partei hat die Danziger Frage zur Debatte gestellt. Es ist richtig, daß sowohl in der Presse der Labour Party als in der der französischen Arbeiterparteien, wie übrigens in dem größten Teil der Weltpresse, schärfste Kritik an dem Auftreten Greisers geübt worden ist. Kein Zweifel, die Methode der langen Nase — und die ganze Rede war ja nichts anders als lange Nase und herausgestreckte Zunge — widerspricht dem Herkommen und der diplomatischen Würde. Aber Kritik und Entrüstung werden die Verfassung von Danzig, werden Leben und Freiheit der Kämpfer gegen die nationalsozialistische Barbarei nicht retten. Das könnte nur eine energische und klare Politik!

## Die Gleichschaltung Oesterreichs

### Im Banne des deutschen Militarismus

Oesterreich, das Land, das dem Völkerbund vieles zu verdanken hat — vor allem wirtschaftliche Hilfe in schwierigster Zeit — ist zum Vasallen des deutschen Militarismus geworden. Höhnisch versichert die reichsdeutsche Presse, daß die Patronage Englands, Frankreichs und des Völkerbunds in Oesterreich nicht mehr gewünscht werde. Das Land hat dafür die Patronage Hitlerdeutschlands eingetauscht. Aber was für eine Patronage! Wenn erst der Geheimvertrag in allen seinen Teilen durchgeführt sein wird, wird Oesterreich nur noch formal selbständig sein. Die Entwicklung schreitet rasch voran. Am 17. Juli stellte die »Frankfurter Zeitung« befriedigt fest:

»Es ging ja aus dem gemeinsamen Kommuniqué, wie aus den Mitteilungen über die Besprechung und Regelung der Einzelfragen klar hervor, daß die Verständigung zwischen Berlin und Wien neben der außenpolitischen auch eine sehr beträchtliche innenpolitische Bedeutung hat. Nach allem, was man hört, ist der Fortgang auch in dieser innerpolitischen Beziehung in Oesterreich sehr befriedigend.«

Worin besteht dieser Fortgang? Zur gleichen Zeit berichteten französische und englische Zeitungen gleichlautend über die Gleichschaltung des österreichischen Generalstabs. Das Pariser Blatt »L'Oeuvre« berichtet:

»Gestern abend mußten plötzlich drei Viertel des österreichischen Generalstabs demissionieren unter dem Vorwand, daß die Generale die Altersgrenze überschritten hätten. In Wahrheit waren sie durch den bekannten General Vaugoin an ihren Posten gestellt worden, der das Gegenteil eines Nazifreundes war. Der Generalinspektor Schilhawski, der General Brandauer, Chef der ersten Sektion des Kriegsministeriums, der General Luschinsky, Chef der zweiten Sektion des Kriegsministeriums, der Generalmajor Friedländer, Chef der Transportabteilung des Heeres, der Generalinspektor Hipert, Chef der Verpflegungsabteilung, haben gestern abend den Dienst quittieren müssen, ebenso wie eine große Anzahl wichtiger Offiziere. Sie sind durch Offiziere ersetzt worden, die durch ihre Parteilichkeit für die Sache Deutschlands bekannt sind.«

Die militärische Gleichschaltung ist also im vollen Gange. Was dies bedeutet, wird von der gleichgeschalteten reichsdeutschen Presse unterstrichen. Die »Frankfurter

## Der Hauptverantwortliche

Im Carrefour-Verlag in Paris ist eine Dokumentensammlung erschienen »Das deutsche Volk klagt an«. Ein Abschnitt in dem Buche gilt dem sozialdemokratischen Reichsbannerarbeiter Büchler, der in Darmstadt hingerichtet worden ist. Richter als gekaufte Justizmörder haben das Urteil besorgt, und die elende Rache der Nazibonzen hat ihr Opfer auf das Schafott geschleppt. Büchler hat in Notwehr mit einem Messer sich gegen eine Hitlerbande verteidigt, die auf sein Grundstück stürmte und seinen Schwager ins Auge schoß.

Der in der Abwehr verletzte SA-Mann ist fünf Wochen später im Krankenhaus gestorben. Büchler ist, wie die Darmstädter Nazizeitung mit kaum verhehelter Bewunderung bezeugte, heldenhaft in den Tod gegangen. Er war kaltblütig im Gerichtssaal und stieg ohne eine Spur von Feigheit auf das Schafott. Er wußte, daß er allein für seine sozialdemokratische Ueberzeugung verurteilt war und war erfüllt von dem Glauben, nicht ein Schuldiger zu sein, sondern ein Bahnbrecher und ein Opfer. Reichsstatthalter Sprenger, dieser schmierige Subalterne, dessen jämmerliches Nachtragen noch immer Karl Mierendorff in Gefangenschaft hält, weil er nicht vergessen kann, wie sehr ihm der junge Sozialdemokrat überlegen ist, dieser Sprenger stand mit anderen Nazischächern vor dem Blutgericht, auf dem Büchlers Kopf fiel. Als der Scharfrichter den Willen des deutschen Führers vollzogen hatte, schrie dessen Reichsstatthalter »Heil Hitler!« Gestehe wir, daß dieser Ruf hier durchaus am Platze war. Er bezeichnete und kennzeichnete den Hauptverantwortlichen nicht nur für die Hinrichtung Büchlers, sondern für die tausende und zehntausende blutige Märtyrer, die in Massen seit dem Frühling 1933 und vereinzelt schon früher an uns vorüberziehen, und von denen jeder unvergessen bleibt. Hitlers Name steht nicht nur unter den Todesurteilen für nahezu hundert Männer, die für ihre kommunistische oder sozialistische Ueberzeugung sterben mußten, unter seinem Namen haben seine Braunen und Schwarzen das verübt, was zum Entsetzen der zivilisierten Welt geschehen ist. Niemand weiß das besser als der, dem seines Reichsstatthalters Gruß am Schafott in Darmstadt galt: »Heil Hitler!« Millionen Deutsche haben ihm längst das Urteil gesprochen. Der Tag wird kommen, der es mit der Legalität vollzieht, für die Hitler und seine Mitschuldigen immer gewesen sind.

## Trutzburgen der Junker

Vor dem Sozialen Ehrengericht für Berlin-Brandenburg stand ein Rittergutsbesitzer von 6000 Morgen, auf dessen Gut drei Jahre nach der Abschaffung des Klassenkampfes und der Einführung der sozialistischen Volksgemeinschaft schauerliche Zustände herrschten. Seine meist kinderreichen Ar-

beiterfamilien waren menschenunwürdig untergebracht. Die Kinder schliefen zu mehreren in total verschmutzten Betten ohne Wäsche. Verfaulte Strohhaufen dienten als Lager für Landarbeiter. Die sittlichen Zustände waren entsprechend. Die Nazis in der Kreisbauernschaft wollten einschreiten, aber der Junker wies sie vom Hofe, und die so Allmächtigen, wenn es um die Mißhandlung von marxistischen Arbeitern geht, duckten sich. Der Rittergutsbesitzer piff überhaupt, wie viele seinesgleichen, auf die Regierenden in Berlin. Er hißte keine Hakenkreuzfahne auf dem Herrenhause und seine Gefolgschaftsmitglieder taten es natürlich auch nicht. Es blieb den Nazis nichts anderes übrig, als das Soziale Ehrengericht anzurufen. Da aber fielen sie erst recht herein, denn der Junker wurde zu ganzen 1000 Reichsmark Geldstrafe verurteilt. Aberkennung der Betriebsführereigenschaft, die der nationalsozialistische Kreisleiter seinen Parteigenossen als unbedingt sicher versprochen hatte, gab es nicht. Der Junker herrscht weiter absolut. Vielleicht bezahlt er die 1000 Reichsmark aus der Osthilfe, diesem Korruptionskandal, zu dessen Vertuschung der Systemwechsel am 30. Januar 1933 vollzogen worden ist. Nur die Dummheit des durchschnittlichen Nazis kann sich wundern, wenn die hochagrarische Entwicklung sich so vollzieht, wie sie mit Hitlers Berufung ins Amt begonnen worden ist. Die sozialen »Ehrengerichte« wissen schon, weshalb sie zwar da und dort einen jüdischen oder katholischen Fabrikanten um sein Unternehmen bringen, einem Junker aber nie eine höhere Geldstrafe abnehmen dürfen, als er in ein paar Tagen an Taschengeld auszugeben pflegt. Die Burgen der Junker sind ungebrochen. Noch immer haben rund 18.700 Großgrundbesitzer 9,4 Millionen Hektar deutschen Landes in Händen, während 3,9 Millionen Bauern sich auf 23,3 Millionen Hektar drängen. Und auch von jenen 18.700 Großen sind es wieder nur 1700 größte Latifundienbesitzer, die über 4,8 Millionen Hektar land- und forstwirtschaftlich genutzter Fläche verfügen. Eine einfache rechnerische Ueberlegung zeigt, daß in die gleiche Fläche, die 18.700 Großgrundbesitzern sich anmaßen, 1,5 Millionen Bauern sich teilen müssen.

Daß die deutsche Revolution im Jahre 1918 diesen Zustand unangetastet ließ, ist ihre historische Schuld, gemindert freilich durch den beschränkten Haß der Clemenceau und Poincaré, die noch viele Monate die Republik unter Blockade hielten und so revolutionäre Eingriffe in die Bodenverteilung verhindern halfen. Immerhin hat die Republik zu siedeln sich bemüht. Im letzten vorhitlerischen Jahre gab es 9046 neue Bauernstellen mit 101.795 Hektar allein im Osten. Im Jahre 1933 schon verminderten sich diese Zahlen um rund die Hälfte und im Jahre 1935 waren es auch nicht mehr als 3780 Stellen mit 66.272 Hektar Land. Die seit Jahrhunderten stecken gebliebene deutsche

Bauernrevolution wird von der kommenden sozialistischen Freiheitsbewegung zum Siege geführt werden.

## Sprüche

Die Auswirkungen der Massenstreiks in Westeuropa müssen doch tiefer sein, als es zunächst den Anschein hatte. Zwar regt sich keine aktive Lohnbewegung, aber es wird nach übereinstimmenden Berichten über die Lohnfrage ziemlich lebhaft diskutiert. Ganz kann das auch die Nazipresse nicht verbergen. Seit der Rheinlandbesetzung enthalten die Leitartikel jetzt zum ersten Male wieder eine soziale, leicht ins sozialistische klingende Note. Gegen »reaktionäre« Unternehmer werden Drohungen ausgestoßen, die auch in Nazikreisen nicht mehr ernst genommen werden. Während auf einem Zeitungsblatt steht, daß die Preise stabil bleiben, verkündet auf dem nächsten irgend ein staatlicher Würdenträger, daß er nun aber energisch gegen Preistreiber einmarschieren werde. Einer der gerissensten Sozialdemagogen ist der pfälzische Gauleiter Bürckel. Alle paar Wochen macht er in »Sozialismus«. Leider kann ihn im Reiche niemand nach den Ergebnissen seiner Aktionen fragen. Eine seiner letzten war ein gemeinsames mit dem Saarkönig Röchling verfaßter Aufruf zur Lohnzahlung an die Arbeiter auch an Feiertagen. Ob aber und welche Wirkung dieser Aufruf gehabt hat, darüber liest man nichts. Zweifellos würden die Nazizeitungen Spalten ihres Raumes opfern, wenn der herrliche nationalsozialistische Opfersinn der Betriebsführer den Arbeitern im Reiche Bürckels allgemein die Feiertage vergütet hätte. Geschehen ist also in Wirklichkeit nichts. Da ist manchmal der brave Dr. Robert Ley ehrlicher, der auf seiner jetzt beendeten Deutschlandfahrt sich mit Vorliebe im Kreise jüngerer Jahrgänge von Fabrikmädels fotografieren ließ, weil sie fröhlichere Gesichter machten als die sorgenvollen und verbitterten Familienväter. Zwar nicht vor Arbeitern, sondern vor Unternehmern hat Ley auf der Tagung der Reichsbetriebsgemeinschaft »Textile« in Bad Hersfeld verkündet: »Unser Vorbild bei allem Tun ist der Soldat. Jeder hat seine Aufgabe klar geordnet; der eine befiehlt und der andere gehorcht. Ich militarisiere die Betriebe bewußt, weil das Leben Kampf ist.« So spricht der derzeitige Führer zu Millionen deutschen Arbeitern, an denen man verzweifeln könnte, wenn man nicht wüßte, daß dieser Ley nicht einen einzigen solchen Satz in einer Betriebsversammlung sprechen dürfte, wenn die Belegschaften sich nicht einstellten unter der bewaffneten Nazierrschaft ducken müßten. Daß nur noch wenige an die Sprüche der Bürckel und Ley im Reiche glauben, ist unbestritten. Nicht minder ist gewiß, daß die sozialen Spannungen sich vermehren und trotz aller Hindernisse sich früher oder später in Bewegung und Kampf äußern werden. Hannes Wink.

Zeitung« Nr. 366 stellt fest, daß damit die Machtlage in Mittel- und Osteuropa völlig umgestürzt sei. Sie verweist in drohenden und höhnischen Tönen die Tschechoslowakei darauf, daß sie umklammert sei, und fordert sie auf, ihren Bündnissen — vor allem dem mit Sowjetrußland — zu entsagen.

## Der spanische Bürgerkrieg

Die fünf Jahre der spanischen Republik weisen mit den ersten Jahren der deutschen Republik manche Ähnlichkeit auf. Auch Spanien gab sich im Jahre 1931 »die freieste Verfassung der Welt« und erlebte mit ihr arge Enttäuschungen. Nach den Wahlen von 1932 kam der Militäraufstand Sanjunjass. Dem konservativen Wahlsieg von 1933 folgten die Widerstandsbewegungen der Sozialisten und Syndikalistens. Die Wahlen vom 16. Februar 1936 brachten einen überraschenden Sieg der Volksfront und mit ihm eine neue Welle der faschistischen Rebellion. Zahlreiche Linksrepublikaner und Sozialisten wurden ermordet. Insbesondere wurde gegen die Offiziere der republikanischen Zivilgarde ein förmlicher Ausrottungskrieg geführt. Eines Tages, als abermals eine Anzahl ihrer Kameraden dem schleichenden Meuchelmord zum Opfer gefallen war, beschlossen einige Offiziere eine Gegenaktion gleicher Art. Ihr Opfer wurde der Faschistenführer Sotelo.

Mit dieser Tat begann die neueste Phase des Bürgerkrieges. Aber die Ursachen der faschistischen Frontalangriffe liegen tiefer.

Die linksrepublikanische Regierung hatte geduldet, daß landlose Landwirte die Agrarreform vorwegnahmen, indem sie Teile der ungeheuren Latifundien des spanischen Großgrundbesitzes in ihren Besitz nahmen, und sie hatte die Unternehmer gezwungen, Arbeiter, die wegen des Generalstreiks vom Oktober vorigen Jahres gemäßregelt worden waren, wieder aufzunehmen. Großgrundbesitzer und Unternehmer, verstärkt durch klerikale Kreise, bilden die eigentlichen Auftraggeber der faschistischen Militärrevolte.

So wenig wie in Deutschland waren auch in Spanien die alten Herrschaftsschichten bereit, mit den besitzlosen Volksmassen eine echte demokratische »Volksgemeinschaft« zu bilden. Sie wollten sich nicht darauf beschränken, ihre Interessen im Rahmen der demokratischen Legalität zu vertreten, sondern nahmen gegen die Republik selbst den Kampf auf. Das hat wiederum zu einer starken Radikalisierung der linksstehenden Volksmassen geführt. Spanien hat fast eine Million Arbeitslose, die Löhne liegen trotz wiederholter langer Streiks bei hohen Lebensmittelpreisen niedrig, das Elend ist ungeheuer groß. Selbst nach einem Sieg der Militärrevolte wäre es nicht möglich, auf einem vulkanischen Boden die Zwingburger der alten Herrenkaste dauerhaft aufzubauen.

Spanien unterscheidet sich von Deutschland durch eine stärkere revolutionäre Tradition und durch ein stärkeres revolutionäres Temperament. Es kann darum auch mit kürzeren Entwicklungsperioden

rechnen. Was immer auch die nächsten Tage bringen mögen, das Blut, das die spanischen Arbeiter im Kampf um ihre Freiheit verloren haben, wird nicht umsonst geflossen sein!

## Die »Handbewegung«

Die nationalsozialistische Presse am 6. Juli: »Als Greiser dann beim Verlassen des Saales an der Pressetribüne vorbeiging, gab er seiner Mißachtung durch eine gering-schätzige Handbewegung deutlich Ausdruck. Darauf erhob sich auf den vollbesetzten Bänken der Presse wüster Lärm.«

Die nationalsozialistische Presse am 12./7.:

»Die Sprache Greisers hat den Pariser Berichterstellern förmlich den Atem benommen. Gewissermaßen nach Luft schnappend, behaupteten sie zeternd, der Senatspräsident habe in der Ratsetzung eine lange Nase gemacht. Diese »Greuelmeldung« dürfte sich unsicher aus einer naheliegenden Gedankenassoziation erklären. Können wir es den Franzosen verdenken, wenn sie auf Grund der Genfer Ergebnisse die Zwangsvorstellung bekommen haben, daß ihnen Greiser, Schuschnigg und Mussolini eine »lange Nase« machten?«

Die lange Nase hat sich also in Deutschland doch herumgesprochen, und man mußte sie mit einer Verspätung von sechs Tagen ausdrücklich ins Bereich der »Greuelmeldungen« verweisen, damit niemand mehr wage, sie weiterzuflüstern. Vielleicht ist der ganze Greiser eine böswillige Erfindung jüdischer Journalisten? Etwas Besseres hätten sie sich jedenfalls gar nicht ausdenken können, um Deutschland zu blamieren.

# Der Staat schafft Verbrechen!

In ihrer ständigen Gerichtsrubrik berichtet die Frankfurter Zeitung am gleichen Tage (8. Juli) über folgende Kriminalfälle:

## 1. Fall.

Die Aachener Strafkammer verhandelt wegen Rassenschande und Erpressung gegen vier Einwohner aus Dühren, einen Juden, eine arische Frau und zwei arische Männer. Tatbestand: die arische Frau hatte den Juden in ihre Wohnung gelockt und sich ihm dort zu intimen Verkehr hingegeben. Beim zweiten Besuch hatte sie die beiden mitangeklagten Männer in der Wohnung versteckt, die dann verabredeterweise im gegebenen Momente ins Schlafzimmer eindringen und zu stillosen ertrüstenen Zeugen der »Rassenschande« wurden. Sie ließen sich jedoch ihr gekränktes Rassebewußtsein für zunächst 500 M abkaufen. Schon am nächsten Tage erpreßte das Kleeblatt weitere 480 Mark, und so ging es fort, bis der Erpreßte schließlich Anzeige erstattete, obwohl er sich damit selber der Justiz auslieferte.

Die drei Erpresser erhielten: die Frau 18 Monate, die Männer 10 und 12 Monate Gefängnis. Der Erpreßte wurde mit fünf Monaten bedacht, was den Richtern offenbar milde vorkam!

## 2. Fall.

Meldung der Justizpressestelle Berlin: Ein gewisser P. Pieper aus Düsseldorf ist wegen Betruges zu vier Jahren Zuchthaus sowie Nebenstrafen verurteilt worden. Er hat in zahlreichen Fällen, besonders Industriekreise zur Hergabe von Geldspenden veranlaßt, die er für sich verbrauchte, während er vorgab, für gemeinnützige Zwecke zu sammeln.

## 3. Fall.

Das Berliner Sondergericht verhandelt gegen einen 37jährigen Hochstapler Bodeck. Es handelt sich um die Erschwindelung eines Rittergutes gegen wertlose Hypotheken und ähnliches. Das Sondergericht ist zuständig, weil Bodeck seine Hochstapeleien in der Uniform eines Fliegersturms vollführte. Der Bericht sagt: »Durch sein sicheres Auftreten und die Uniform des Fliegersturms gelang es Bodeck, zahlreiche Kaufleute und Handwerker zu täuschen, so daß sie ihm Maschinen und Möbel lieferten und Haus und Hof instand setzten, ohne einen Pfennig zu bekommen. Insgesamt hat Bodeck seine Lieferanten um etwa 15.000 Mark geschädigt.«

## 4. Fall.

Ein Einwohner von Pforzheim wandte sich an einen Pfarrer mit der Mitteilung: er befände sich in Gewissensnot. Er habe eine Broschüre über die Zustände im Konzentrationslager Kislau geschrieben und das Manuskript nach Straßburg zur Drucklegung gesandt. Er empfinde jetzt Gewissensbisse und wolle das Manuskript wieder zurückholen, besitze jedoch das Fahrgeld nicht. Um die Verbreitung von unwahren Nachrichten im Ausland zu verhindern, gab der Pfarrer das Geld. Die ganze Geschichte von der Broschüre erwies sich jedoch als erlogen, das Manuskript existierte gar nicht. Der bereits vorbestrafte Angeklagte erhielt vom badischen Sondergericht wegen Rückfallbetruges zwei Jahre Gefängnis.

Aus einer nur wenige Tage älteren Nummer des gleichen Blattes stammt folgender

## 5. Fall:

Das Schwurgericht Magdeburg verurteilte einen ungenannten Angeklagten aus Burg — der Name wird offenbar verschwiegen, weil es sich um einen Nazi handelt — wegen wesentlich falscher Anschuldigung zu neun Monaten Gefängnis. Der Angeklagte hatte im Disziplinarverfahren gegen den früheren sozialdemokratischen Berufsschuldirektors P. allerhand unwahre Angaben gemacht, die dessen politisches Verhalten betrafen. Er hatte ihm u. a. wahrheitswidrig Beschimpfung der Hitlerregierung sowie aktive Beteiligung an der Novemberrevolution von 1918 nachgesagt.

Von der Rassenschande im Fall 1 abgesehen, die ja nur in der Rechtsperversión des Dritten Reiches einen kriminellen Tatbestand darstellt, handelt es sich um herkömmliche gemeine Verbrechen: um Erpressung, Betrug, falsche Anschuldigung. Aber die Art der Ausführung ist nicht herkömmlich. In allen Fällen haben der, bzw. die Täter sich die besonderen, durch das Hitlerregime geschaffenen Verhältnisse zunutze gemacht, sie haben ihren Plan auf Dinge gegründet, die es früher gar nicht oder nicht in dieser Art gegeben hat: sie haben gebaut auf die Rassenhetze, auf den Spendenunflug, auf die Furcht vor der braunen Uniform, auf

# Das totale Strafrecht

## Zur zweiten Lesung des Strafrechtsentwurfes im Dritten Reich

Drei Jahre grübeln die braunen Juristen über das neue Strafrecht. Die amtliche Strafrechtskommission hat nunmehr die zweite Lesung beendet. Das Ergebnis der zweiten Lesung ist der Öffentlichkeit zwar nur teilweise mitgeteilt worden. Aber auch aus dieser Veröffentlichung ist zu entnehmen, daß vom ersten Entwurf nicht viel übrig geblieben ist. Da noch eine dritte Lesung bevorsteht, wäre es verfrüht, schon jetzt sich so ausführlich mit dem braunen Strafrecht zu befassen, wie es der Wichtigkeit dieser Materie entspricht. Aber einige Grundlagen sind bereits so festgelegt worden, daß mit einer grundsätzlichen Abänderung nicht mehr zu rechnen ist.

Dieses Strafrecht wird nationalsozialistisch werden. Wie dieses Herrschaftssystem alles Menschliche und Kulturelle totschlägt und an seine Stelle die Uniform und den Drill setzt, genau so wütet es auf dem Gebiete des Rechts. Das Recht greift ordnend und gestaltend in das Zusammenleben der Menschen ein, sein Zweck ist die Sicherung wahrer menschlicher Interessen. Im Mittelpunkt eines solchen Rechts steht der Mensch und seine Freiheit, die durch die Rücksicht auf die ebenfalls freien Mitmenschen begrenzt und geordnet wird. Auch der Inhalt des Strafrechts macht davon keine Ausnahme, auch das Strafrecht als Kulturfaktor muß der freien Entwicklung des Einzelmenschen dienen. Anders im Lande der braunen Barbaren. Dort heißt es:

»Inhalt des Strafrechts.

Das Strafrecht schützt das Leben der Volksgemeinschaft. Es wehrt den Treubruch an eigenen Volke ab und bedroht den Volkverräter mit schwerer Strafe. Es schützt die rassistische Grundlage und die Gesundheit des Volkes und hütet seine Ehre. Die Wehrkraft, die Arbeitskraft und die Wirtschaftskraft des Volkes, seine seelische und sittliche Haltung stellt es unter besonderem Schutz. Es wahrt die Ordnung, die sich das Volk gegeben hat. Den Volksgenossen schützt das Strafrecht als Glied des Volkes.«

Der Staat als Gesetzgeber schützt nur den Staat, nur sich selbst. Der einzelne Volksgenosse ist als Individuum verschwunden. Wenn er überhaupt der Erwähnung für wert gehalten worden ist, so nur als nicht wegzuleugnender notwendiger Bestandteil des Volkes, des Staates.

Hier liegt ein ganz grober Verstoß gegen den Geist des Rechts vor. Diese Anomalie muß zu den fürchterlichsten Folgen führen. Die Verfasser des Entwurfs haben sich zudem keinerlei Zurückhaltung auferlegt, keine Scham hat sie gehindert, den folgenden Satz zu verbrechen:

»Aufgabe des Richters ist es, dem Wohle des Volkes zu dienen. Damit dient er der Gerechtigkeit.«

Mit dem Menschen als Mittelpunkt des richtigen Rechts verschwindet auch der Begriff

der Gerechtigkeit als Ziel der Rechtspflege. Frank hat es also geschafft. Als er im Jahre 1933 das berühmte Wort sprach: »Recht ist, was dem Volk nützt,« da glaubte die Kulturwelt, ein Halbrirrer rede Unsinn. Die Strafrechtskommission, der Frank nicht angehört, hat dieses Wort noch überspitzt. Was dem Volke nutzt, das ist nicht nur Recht als Satzung eines Staates, nein es ist sogar Gerechtigkeit, ist stets moralisch und ethisch begründet. Kein Wort der Einschränkung. Auch die größten Gemeinheiten, die abscheulichsten Verbrechen sind erlaubt, wenn sie zweckdienlich sind. Ja, nicht nur erlaubt, sondern sogar geboten, erfüllen sie doch das Postulat der Gerechtigkeit. Nun wissen wir endlich was positives Christentum ist!

Insoweit ist der Inhalt der Vorschläge zwar erschütternd, aber logisch aufgebaut. Recht und Gerechtigkeit als Kulturinstitution sind abgeschafft. Nun kann aber keine Totalitätstheorie dem Einzelmenschen abschaffen, wenn sie sich auch bemüht, von ihm keine Kenntnis zu nehmen. Irgendwie muß man schon darauf Rücksicht nehmen, daß im Leben die Menschen sich nicht immer als Glied des Volkes betrachten, daß der Einzelmensch mit seinen Mitmenschen in Konflikte gerät, daß er ein Eigenleben mit seinen Pflichten und Aufgaben, mit seinem Wirkungskreis in Fabrik, Familie und Bekanntschaft führt. Dieser Einzelmensch braucht und will »sein Recht« und kann mit nebulösen Volksgemeinschaftsrechten nichts anfangen. Wie wird der Entwurf damit fertig?

Er kann hier keine Lösung bringen, die in ein geistiges System paßt. Er will aber auch eine solche Lösung gar nicht bringen. Bewußt und gewollt wird an die Stelle eines Rechtssystems ein System der Unsicherheit gesetzt. Kein Volksgenosse soll sich in irgend einer Beziehung sicher fühlen oder gar auf den Gedanken kommen, ein Recht für sich in Anspruch zu nehmen. Er hat sich in allem den Methoden der Staatsführung zu unterwerfen, die heute Hunderte von Menschen abschlachten läßt und morgen erklärt, daß kein Toter auf ihrem Wege liege. Die gleiche Ansicht kann heute lobenswert sein, während sie morgen verabscheuungswürdig ist. Diese beabsichtigte Unsicherheit hat ihren Niederschlag in der Schuldlehre gefunden:

»Strafe setzt Schuld voraus.

Zur vorsätzlichen Schuld gehört das Bewußtsein des Täters, Unrecht zu tun. Eine Anschauung des Täters, die mit dem gesunden Volksempfinden über Recht und Unrecht unvereinbar ist, bleibt unbeachtlich.«

Das Volksempfinden ersetzt das Rechtssystem! Zur Probe auf Exempel einige Fälle. Angeklagt sind: einer, der in Wien Bomben geworfen hat, einer, der im Konzentrations-

lager einen Häftling mißhandelt hat und zwar in Gegenwart eines englischen Lords, einer, der beim Auftreten von Helene Mayer im Olympiastadion Judensau geschrien hat. Alle Angeklagten berufen sich darauf, daß sie nicht das Bewußtsein gehabt haben, Unrecht zu tun und daß viele ungestraft das gleiche getan haben. Da muß eben das Volksempfinden helfen, die politisch zweckmäßige Durchführung des Strafverfahrens, nach den Tagesnotwendigkeiten zu ermöglichen.

Aus diesen Proben ergibt sich bereits der ganze Aufbau des allgemeinen Teils des Entwurfs. Würde man bei den Berufs- und Laienrichtern ganz sicher sein, daß sie hundertprozentige Nazis sind, man könnte sich den besonderen Teil ganz ersparen. Denn mit diesen Grundsätzen kann wegen jeder Tat Verurteilung oder Freispruch erfolgen. Da die Hundertprozentigkeit jedoch zweifelhaft ist, ist man dabei verblieben, in Einzelstatbeständen wenigstens eine Anleitung zu geben, was strafbar sein soll. An diesen Einzelstatbeständen wird noch kräftig herumgedoktort. Fest steht bereits, daß ihre Zahl gegenüber dem bisherigen Recht fast verdoppelt werden wird. Aus dem bereits zitierten »Inhalt des Strafrechts« geht schon hervor, worauf der Hauptwert gelegt wird. Auf eine Verschärfung der Vorschriften über Hoch- und Landesverrat, auf eine Verankerung der Nürnberger Gesetze, auf die strenge Bestrafung jedes Streiks und anderer Kampfmittel der Arbeiterschaft. Vor allem gilt es, die Kriegsvorbereitung und Kriegsführung sicherzustellen, denn die »Wehrkraft« — lies Vertragsbruch — die »Arbeitskraft« — lies Streikverbot — und die Wirtschaftskraft des Volkes — lies Kriegsvorratswirtschaft — stehen unter besonderem Schutz, ebenso wie die »seelische und sittliche Haltung des Volkes« — lies die Kriegspropaganda und der Kampf gegen den Sozialismus und den Pazifismus. Alle diese neuen Vorschriften werden dem deutschen Strafrecht eine besondere Note geben. Das Strafrecht der anderen Länder wird sich dann so vom deutschen Recht unterscheiden, daß nur in Ausnahmefällen an eine Auslieferung gedacht werden kann. Um die Jahrhundertwende hatten die europäischen Völker die Absicht, ihr Strafrecht so anzugleichen, daß die Landesgrenze für den Rechtsbrecher keine Bedeutung besitzen konnte. Deutschland wird nun auch auf diesem Gebiete autark.

Beschämt stellen wir fest: Dieser Strafrechtsentwurf ist meilenweit von jeder geistigen und kulturellen Leistung entfernt. Andererseits gibt er uns die frohe Zuversicht, daß das deutsche Volk um so eher zur Befreiungsaktion schreiten wird, je stärker dieses Strafrecht, dieses echte Kind nationalsozialistischen Ungeistes, die primitivsten Rechte untergräbt.

die Angst vor der »Greuelpropaganda«, auf die Denunziationssuche.

Für diese — jetzt alltäglich gewordenen — Fälle hat das Dritte Reich erst den Nährboden geschaffen, es hat die Atmosphäre erzeugt, worin Erpresser, lügnische Denunzianten, Hochstapler, gesinnungsheuchelnde Betrüger herrlich gedeihen. Der Staat ist zum Schöpfer neuer Verbrechermethoden geworden! M.

## »Deutschland will den Frieden«

Wir haben unseren Zeitlagern eine streng politische Ausrichtung, einen ganz anderen neuen Sinn gegeben, wie es die Jugend der Vor- und Nachkriegszeit bis zur Hitler-Jugend nie getan hat. Ihre sentimentalischen Weisen sind in unserem Munde zu aufrüttelnden Kampfliedern geworden und ihr verträumtes Gitarrengezipf haben wir zum wuchtigen Dröhnen unserer Landsknechtstromein gemacht. ... Wir haben nicht die Aufgabe, eine Kolonie friedlicher Aestheten heranzuzüchten. (»Junge Front«, Beilage der Preuß. Ztg., Nr. 173.)

Die Erziehung zum Wehrwillen und zur Wehrbereitschaft gehört zu den ersten Grundsätzen des NS-Lehrerbundes. Er hat den Erzieherstand aus seiner Einseitigkeit, Klünder reinen Schulwissens zu sein, herausgerissen.

(Veröffentlichung des NS-Lehrerbundes in der deutschen Presse.)

Nach einer Bestimmung im Reichsmini-

sterialamtsblatt des Reichserziehungsministeriums vom 9. April 1936 ist ein Hochschulstudium ohne Reifeprüfung jenen begabten Menschen möglich, die sich der Schiff- und Luftfahrt widmen wollen.

## Demokratische Kultur

In Derby siegte am 9. Juli der frühere Unterstaatssekretär Hendersons, Philipp Noel-Baker, über den Regierungskandidaten Major Church mit 28.419 gegen 25.666 Stimmen. Die Arbeiterpartei gewann 3352, die Regierung verlor 12.041 Stimmen. Nach der Wahl gab der geschlagene Regierungskandidat Major Church folgende Erklärung ab:

»Meinen Freund Noel-Baker muß man beglückwünschen nicht nur zu dem schönen Sieg, den er errungen hat, sondern auch zu der Art, wie er den Kampf um ihn geführt hat. In der langen Geschichte der Wahlen von Derby hat es keinen schöneren, anständigeren und ritterlicheren Kampf gegeben als diesen. Die Demokratie hat sich in Derby ihrer hohen Verantwortung würdig gezeigt. Das Parlament wird die Rückkehr Noel-Bakers willkommen heißen. Ich aber fröue mich, daß ich von ihm und keinem anderen geschlagen worden bin.«

## Sie pfeilen aufs Dritte Reich!

Ein Naziblatt wird aufrichtig. Vierzehn Jahre lang hat der »Berliner Lokalanzeiger« die Pressefreiheit der Republik genossen. Er hat sie in skrupelloser Weise mißbraucht, um die Republik zu zerstören. Er hat Männer wie Ebert und Strese-

mann verleumdete, er hat die Mörder von Pottompa verherrlicht, er hat alles getan, um Hitler den Weg zur Macht zu ebnen.

Fühlen sich die Redakteure nun, nachdem das hohe Ziel erreicht ist, glücklich? Sie werden es uns nicht sagen. Desto deutlicher sagt es der »Deutsche Textilarbeiter«, der — außer sich vor Wut, weil der »Lokalanzeiger« den toten Litzmann nur als General und nicht auch als Pg gefeiert hat — folgende Aufrichtigkeiten vom Stapel läßt:

»Wenn man schon den Mut zur Unverschämtheit besitzt, den Mut zu der ungeheuren Taktlosigkeit angesichts des offenen Grabes unseres verschiedenen Parteigenossen in reaktionärer Politik zu machen, dann besitze man endlich einmal auch den Mut, ganz offen zu erklären,

daß man in der Schriftleitung des »Berliner Lokalanzeigers« auf das Dritte Reich pfeift und vor jedem Braunhemd den Tropenkoller bekommt.

Vor einer solch offenen Erklärung hätten wir wenigstens noch Achtung, wenn wir sie uns selbstredend auch nicht eine Sekunde lang gefallen lassen würden. Die Methode jedoch, den Staat Adolf Hitlers zwischen den Zeilen so weit zu sabotieren, als es gerade noch ungestraft hingehen dürfte, widert uns an.«

Sonst hört man gewöhnlich, daß die gesegnete Regierung Adolf I. die Herzen aller Untertanen mit Glück und Wonne erfüllt. Nun erfährt man plötzlich, daß die Redakteure einer großen Zeitung — Auflage 200.000! — auf das Dritte Reich pfeifen und beim Anblick eines Braunhemdes Tropenkoller bekommen. Wie mag es dann erst in den Herzen anderer aussehen! Die Redakteure des »Lokalanzeigers« freilich haben kein Recht, sich zu beklagen. Sie haben ihr Schicksal reichlich verdient!

# Schachts Kopfschmerzen

Rohstoffproblem ungelöst — die schwebende Schuld wächst

Die beiden Hauptschwierigkeiten der deutschen Wirtschaftslage bilden die prekäre Rohstoffsituation und das stetige Anwachsen der schwebenden Schuld. Die Rohstoffversorgung hängt ab von der Steigerung des Exports. Daraus erklären sich die krampfhaften Anstrengungen Schachts, neue Märkte zu erschließen, sei es durch immer stärkeres Dumping, sei es durch Verlagerung der deutschen Rohstoffbezüge in andere Länder, um diese dadurch instand zu setzen, mit dem Erlös für ihre Rohstoffe deutsche Industriewaren zu beziehen. Diesem Ziel diene die Balkanreise Schachts ebenso wie das neue Abkommen mit dem japanischen Vasallenstaat Mandschukuo, das der deutsche Handelskommissar Kiep, der sich auf einer Reise im Fernen Osten befindet, vor kurzem abschließen konnte. Kiep soll es auch gelungen sein, während seines Aufenthalts in Schanghai und Hongkong ein Probeabkommen mit China abzuschließen, das die Grundlage für einen auf der Basis der Gegenseitigkeit beruhenden neuen deutsch-chinesischen Handelsvertrag abgeben soll. Die deutsche Konkurrenz macht sich neuerdings auch besonders auf dem Chemie-Markt für die Engländer stark fühlbar, die mit steigendem Unwillen die Fortschritte der deutschen Dumpingausfuhr verfolgen. Diese Politik stößt aber auf die Schranke der geringen und nicht beliebig ausdehnbaren Aufnahmefähigkeit dieser Märkte. Während früher gerade die reichsten und industriell am meisten entwickelten europäischen Länder die besten Kunden für die hochwertigen deutschen Fabrikate waren und im Verkehr mit diesen Ländern die großen Ueberschüsse der deutschen Handelsbilanz erzielt wurden, kann der Handel mit den noch wenig entwickelten Agrar- und Rohstoffländern Osteuropas und des Fernen Ostens höchstens dazu führen, daß sich ein Kompensationsverkehr herausbildet, der für Deutschland keine freien Devisen abwirft. Zugleich richtet sich der Bedarf dieser Länder, soweit nicht die von Schacht angebotenen Rüstungslieferungen in Betracht kommen, nicht auf hochwertige Qualitätsprodukte, sondern auf billigste Massenware, wobei Deutschland noch im Fernen Osten auf die gerade in diesen Waren überlegene japanische Konkurrenz stößt.

Auch die Aufbringung der nötigen Summen zur künstlichen Verbilligung der Exportwaren macht Schwierigkeiten. Es ist bezeichnend, daß jede offizielle Mitteilung über die Höhe und die Art der Aufbringung des Export-Subventionsfonds unterblieben ist. Nach privaten Nachrichten hat die Industrie durchgesetzt, in diesem Jahre nur etwa 450 bis 500 Millionen gegenüber 627 Millionen im Vorjahr aufzubringen. Zweihundert Millionen sollen, ebenso wie im Vorjahr, von Handel und Banken beigesteuert werden; aber es wird bezweifelt, daß letztere diese Summen aufbringen können. Dagegen hat Schacht auf einen ursprünglichen Plan, die Landwirtschaft mit 300 Millionen heranzuziehen, verzichten müssen. Dafür sollen etwa 100 Millionen aus dem sogenannten »Schleusengewinn« aufgebracht werden. Diese neuartige Gewinnquelle entsteht dadurch, daß die vom Reichsnährstand zu niedrigen Preisen eingeführten Agrarprodukte an die deutschen Konsumenten zu den hohen deutschen Inlandspreisen verkauft werden. Der Rest von etwa 200 Millionen, der an der aufzubringenden 1 Milliarde Reichsmark fehlt, soll aus den Gewinnen der Golddiskontbank aufgebracht werden. Man sieht, der Dumpingfonds kann nur sehr mühsam zusammengekratzt werden, und dabei bleibt es fraglich, ob bei den andauernd steigenden deutschen Produktionskosten diese Beträge, so hoch sie sind, für die Erfordernisse der Schleuderkonkurrenz ausreichen.

Jedenfalls entsprechen die Ergebnisse der Handelsbilanz diesen Anstrengungen in keiner Weise. Im Ausweis über den Außenhandel für den Monat Juni erscheint der Ausfuhrüberschuß auf 11 Millionen RM gegenüber 35 Millionen im Mai vermindert. Während die Ausfuhr mit 371 Millionen (Mai: 372) sich kaum verändert hat, ist die Einfuhr gegenüber dem Vormonat um 23 Millionen oder fast 7 Prozent auf 360 Millionen ge-

stiegen. Während die ernährungswirtschaftliche Einfuhr wertmäßig nur um 2 Millionen zugenommen hat und mengenmäßig sogar infolge der Steigerung der Durchschnittswerte leicht zurückgegangen ist, ist die Einfuhr von Rohstoffen und Halbwaren stark gestiegen. Da der durchschnittliche Ausfuhrerlös leicht zugenommen hat, war die Ausfuhr mengenmäßig etwas geringer als im Ausfuhrwert in Erscheinung tritt. Betrachtet man das jetzt abgelaufene Halbjahr 1936, so ergibt sich ein Aktivum der Handelsbilanz von 132 Millionen gegenüber einem Einfuhrüberschuß von 163 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Besserung der Handelsbilanz beruht größtenteils auf der Ausfuhrsteigerung, die 281 Millionen oder 14 Prozent ausmacht. Dabei ist der durchschnittliche Ausfuhrerlös etwa um 4 Prozent gesunken. Die Ausfuhr hat also der Menge nach um annähernd ein Fünftel zugenommen. Die Einfuhr blieb nur wenig — um 14 Millionen oder nicht ganz 1 Prozent — hinter der Einfuhr in der gleichen Zeit des Vorjahres zurück; der Menge nach ergibt sich jedoch ein Rückgang um 4 Prozent, da die Preise der Einfuhrwaren nochmals etwas gestiegen sind.

Nun haben wir in einem früheren Artikel bereits nachgewiesen, daß der Umfang der Einfuhr für den Bedarf der aufgeblähten deutschen Kriegswirtschaft nicht ausreicht, daß im Verlauf des Jahres 1935 die deutschen Rohstoffvorräte sich um etwa 300—400 Millionen RM vermindert haben, daß zirka eine halbe Milliarde Warenschulden aufgelaufen sind, und daß trotzdem, namentlich für die Textil- und Lederindustrie, ernstliche Rohstoffknappheit entstanden war. Die Einfuhr müßte danach, wenn die Vorräte wieder ergänzt und die Warenschulden abgetragen werden sollen, in einem viel stärkeren Umfang und rascherem Tempo gesteigert werden. Dafür ist aber trotz aller Anstrengungen die Zunahme des Exports viel zu gering geblieben. Das Rohstoffproblem bleibt also in seiner ganzen Schwere bestehen.

Dasselbe gilt von der Finanzierung. Herr Schacht hat sich wieder einmal das Vergnügen geleistet, von den Dutzenden Milliarden schwebender Schulden etwas zu fundieren. Er ist, entgegen seiner Natur, recht bescheiden gewesen. Statt des ursprünglich in Aussicht genommenen Betrags von einer Milliarde Reichsmark wurden gerade 700 Millionen aufgelegt. Dabei müssen die unglücklichen Sparkassen und Versicherungsanstalten, die ohnedies mit Staatspapieren aller Art vollgepfropft sind, 200 Millionen übernehmen. Die Anleihe hat die Form von zwölfjährigen 4½prozentigen Reichsschatzanweisungen; der Zeichnungskurs beträgt 98¾ Prozent. Nun besteht in Deutschland infolge des massenhaften Herumschwimmens der Rüstungswechsel außerordentliche Geldflüssigkeit, man sollte also meinen, daß der verhältnismäßig kleine Betrag in kürzester Zeit vielfach überzeichnet worden wäre. Dies um so mehr, als ja weder Pfandbriefe noch Aktien ausge-

geben werden dürfen, um durch diese Emissionssperre alle Ersparnisse und frei verfügbaren Kapitalien für die Staatsbedürfnisse zu reservieren. Schacht hat noch etwas übriges getan und kurz vor der Auflegung der Reichsanleihe einen neuen Eingriff in die geheiligten Privatverträge vorgenommen, durch den eine Herabsetzung der Zinsen für Privathypotheken erzwungen werden soll. Das private Kapital, das in seinem Drang nach Sachwertanlagen sich in letzter Zeit verstärkt der Finanzierung des Wohnungsbaus zugewandt hatte und für seine Hypotheken eine über 4½prozentige herausgehende Verzinsung erreichen konnte, soll durch die Herabsetzung des Zinsfußes von dieser Anlage abgedrängt und für die Zeichnung der Staatsanleihen geneigter gemacht werden. Aber die deutschen Geld- und Kapitalbesitzer scheinen sehr wenig zeichnungsfreudig gewesen zu sein. Schacht mußte die Industrie nicht nur beschwören, sondern auch bedrohen. Die Industrie solle doch prüfen »wie weit sie ihre im letzten Jahre erheblich gestiegenen Gewinne und Reserven der Reichsanleihe zuführen könnte«. Eine »solche Anlage stärkt die Liquidität der Werke, denn durch die Börsen- und Lombardfähigkeit besteht die Möglichkeit der jederzeitigen Geldbeschaffung«, womit Schacht freilich zugleich zugibt, daß die Umwandlung der Rüstungswechsel in diese Anleihe etwas ganz Gleichgültiges ist, da ja die Reichsbank jederzeit diese Anleihe ebenso mit ihren Noten zu einem beträchtlichen Teil einlösen muß wie die Wechsel auch. Da aber Schacht offenbar selbst seinem Appell wenig Zugkraft zutraut, so hat er auch die Drohung parat. Für die Finanzierung staatlicher Aufgaben gäbe es nur zwei Wege: Steuern oder Anleihen. Die Anleihe vermeide »eine rigorose Anspannung von Steuern, die die Industrie natürlich in erster Linie treffen würden«. Deswegen müsse »die Industrie ihr Interesse erkennen und ihre Pflicht tun.« Trotzdem hat die Anleihe sehr mäßigen Erfolg gehabt. Sie scheint gerade gezeichnet worden zu sein; nach den offiziellen Mitteilungen soll das Ergebnis um einige Millionen den Anleihebetrag übersteigen. In dem Handelsteil der Auslandspresse kann man lesen, daß das Ergebnis dadurch beeinträchtigt werde, daß die Mittel zum Ankauf der neuen Papiere in vielen Fällen durch den Verkauf älterer Reichsbahn- und Reichsbahnleihen, Schatzanweisungen usw. beschafft worden sind, deren Kurse unter der Einwirkung dieser Verkäufe gesunken seien. Dieses Vorkommnis zeige, daß die Zeichner ihre freien Mittel lieber für andere Zwecke beispielsweise für den Ankauf von Industriekapitalen, verwenden. Deren Kurse verzeichnen an den Börsen eine stetige Steigerung.

Man sieht, bei dem Erfolg Schacht-scher Finanzierungsmethoden handelt es sich wirklich um einen harmlosen Scherz. An dem Ernst der fortschreitenden Inflation wird dadurch nicht das geringste geändert. Dr. Richard Kern.

## Tatsachen über Deutschlands Rohstofflage

Den »Statistischen Uebersichten, herausgegeben vom Archiv der Dresdner Bank«, ist folgendes zu entnehmen:

Es betrug im Mai:

	1933	1934	1935	1936
Einfuhr von Rohbaumwolle	33.2	46.8	27.1	22.7
Baumwollvorrat in Bremen	522	517	214	199

Noch stärker als die Einfuhr waren die Vorräte zusammengeschrumpft. In England betrug die Einfuhr von Rohbaumwolle im Mai 1933 78, im Mai 1936 109 Mill. engl. Pfund, sie war also um 40 Prozent gestiegen. Es betrug im Mai in tausend Tonnen die Einfuhr von:

	1933	1934	1935	1936
Rohwolle	14	16	19	11.5
Gewasch. Wolle	1.2	1.5	2.2	1.0
Kammzügen	1.3	0.75	1.1	0.40

Der Vorrat der Lohnwäschereien und Lohnkammereien von gewasch. Wolle 3.1 2.6 3.7 1.9 Kammzügen 11.5 6.7 5.1 1.6 Auch bei Wolle war also der Rückgang der Einfuhr vom Schwinden der Vorräte weit übertroffen.

Es betrug die Einfuhr im Mai in 1000 Tonnen:

	1933	1934	1935	1936
Kautschuk	4.9	6.9	6.2	4.7
Rohkupfer	16	24	17.5	9
Raff. Kupfer	20.6	30.1	22	15

Um in drei Jahren auf fast das Doppelte gestiegene Eisenproduktion zu ermöglichen, nahm zu die Einfuhr von Eisen-erz von 351.000 Tonnen im Mai 1933 auf 1.700.000 Tonnen im Mai 1936. Es ist also der Erzeugung des wichtigsten Rüstungsmaterials die Einfuhr anderer wichtiger Rohstoffe geopfert worden.

Inzwischen hilft man sich mit behördlich angeordneter Einschränkung des Verbrauchs von Rohstoffen und dem Zwang zur Verwendung künstlicher Rohstoffe. Allein in den letzten vier Wochen sind folgende Verordnungen erschienen:

**Der Ueberwachungsstelle für Wolle:**  
Neue Regelung der Verarbeitungsmenge für die einstufigen Wollwebereien und die

Wirtschaftszweige der Gespinste verarbeitenden Industrien.

**Der Ueberwachungsstelle für Baumwollgarn und -gewebe:**

Die Verarbeitung von Gespinnsten aus Baumwolle wird für bestimmte Erzeugnisse der Menge nach geregelt. Damit soll die stärkere Verwendung von nichtbewirtschafteten Rohstoffen, vor allem Kunstseide und Zellwolle, erreicht werden.

**Der Ueberwachungsstelle für Bastfasern:**

Verbot der Herstellung von reinen Jute-garnen und reinen Jutegeweben. Den Juteerzeugnissen sind Flachs- oder Hanffasern oder Papier beizumischen, wobei die Beimischungssätze vorgeschrieben sind. Die Ueberwachungsstelle kann anordnen, daß zur Verpackung bestimmter Waren nur gebrauchte Säcke Verwendung finden dürfen.

**Der Ueberwachungsstelle für Kautschuk und Asbest.**

Die bereits seit längerer Zeit in Kraft befindliche Regelung des Einkaufs, Verkaufs und der Verarbeitung von synthetischem Kautschuk erhält eine neue Rechtsgrundlage. Ein stärkerer Verbrauch von synthetischem Kautschuk wird dadurch für die Herstellung solcher Erzeugnisse sichergestellt, bei denen seine Verwendung in erster Linie erwünscht erscheint.

Dieselbe Ueberwachungsstelle bestimmt, daß die Erneuerung ganzer Laufflächen von Kraftfahrzeugdecken (Runderneuerung) nur mit ihrer Einwilligung zulässig ist.

**Der Reichs- und Preußische Wirtschaftsminister** ordnet die Beschränkung der Herstellung von Starkstromkabeln und isolierten Leitungen an.

**Die Ueberwachungsstelle für Chemie** ordnet die Genehmigungspflicht für Knochenverarbeitung an. Für die Verarbeitung von Knochen zu Futter- und Düngemitteln werden Verarbeitungskontingente festgesetzt.

**Der Reichswirtschaftsminister** hat Automobilfabriken, die die Produktion von Kraftfahrzeugteilen und Zubehörartikeln aufnehmen wollen, die sie vor dem 1. Oktober 1933 nicht selbst hergestellt haben, zur Einholung einer besonderen Genehmigung verpflichtet.

Daß auch die Lederindustrie zu verstärkter Kurzarbeit ihre Zuflucht nimmt wegen wachsender Versorgungsschwierigkeiten, geht aus der Anordnung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung hervor, wonach auch Arbeiter der ledererzeugenden Industrie und der Betriebe, die Lederhandschuhe herstellen, verstärkte Kurzarbeiterunterstützung erhalten, wenn der Wochenlohn infolge Kurzarbeit eine bestimmte Mindestgrenze unterschreitet.

**Der Reichsbeauftragte für Chemie** und der für industrielle Fettversorgung ordnen an, daß auch Tallöl (Kiefernöl, Sulphatharz) nur noch mit seiner Genehmigung zu Firnis und Anstrichfarben verarbeitet werden darf.

Mit der Rohstoffknappheit hängt auch Schachts Rundreise durch die Länder Südosteuropas zusammen. Er bemühte sich, im Austausch gegen deutsche Industriefabrikate, um das Monopol des Vertriebs ihrer landwirtschaftlichen Produkte. Mit ihrer Hilfe will er zugleich, seiner Devisen- und Rohstoffnot abhelfen. Ob er diesen wirtschaftlichen Zweck erreicht hat, ist zweifelhaft, unzweifelhaft nur, daß er damit den politischen Zweck verbindet, die Front der den Frieden schützenden Staaten zu erschüttern. So droht Deutschlands Rohstoffnot in vermehrte Kriegsdrohung umzuschlagen.

## Verfehlte Berufe

In Heidelberg sprach Göbbels zu den Teilnehmern des »Jugendkulturtagers« und sagte laut Bericht:

Ein großer Teil der Männer, die im neuen Deutschland führend sind, würde sich auf einem Gebiet der Wissenschaften oder schönen Künste betätigen, wären sie in einen fertigen und kaum noch zu ändernden Staat hineingeboren worden. Die Not unseres Landes und die Notwendigkeit, dieser Not zu abzuwehren, haben sie in die Politik hineingezogen.

Und nun dürfen sich die Untertanen den Kopf zerbrechen, was lebhafter zu wünschen sei: daß sich die braunen Politiker der Kunst zuwenden oder daß die braunen Künstler in die Politik übergehen.

## Sie merken was

»Rüstungsaufträge sind Kampferspritzen für die Wirtschaft. Sie helfen kurze Zeit, bringen im Augenblick über Schwierigkeiten hinweg, gehören aber — wirtschaftlich gesehen — zu den Mitteln, die hinhalten, aber nicht heilen.«

(»Deutsche Zukunft«.)

# Flüchtlingssorgen und Flüchtlingshilfe

Betrachtungen über die Konferenzen in Paris und Genf

Von Paul Hertz

Seit drei Jahren gibt es deutsche Flüchtlinge. Ihre Zahl hat die Hunderttausend sicher weit überschritten. Alle Länder Europas sind von dem Flüchtlingsstrom betroffen. Ueberall erweckt ihr trauriges Schicksal Teilnahme, manchmal auch den Willen zur Hilfe. Aber was vermag gegenüber diesem Massenschicksal und der Massennot selbst der beste Wille von Einzelnen oder privaten Organisationen? Eine entscheidende Wendung in dem Schicksal der deutschen Flüchtlinge ist nur zu erwarten, wenn wie aus Anlaß früherer Emigrationen die Staaten ihre Pflicht empfinden und ihre Kraft und ihre Macht zur Verfügung stellen.

## Der Völkerbund

Die Hoffnung auf den Völkerbund, der durch seinen großen Vorkämpfer Nansen für die Flüchtlinge aus Rußland und Armenien ein vorbildliches Werk geschaffen hat, ist bisher bitter enttäuscht worden. Aus Furcht vor dem Stirnrunzeln der deutschen Machthaber ist 1933 dem Hochkommissar James Macdonald jede wirksame Befugnis versagt worden. Sein Demissionsbrief mit der aufrüttelnden Anklage gegen die deutsche Schmach war die wirksamste Handlung einer mehr als zweijährigen Tätigkeit. Seinem Nachfolger, dem pensionierten englischen General Sir Neill Malcolm, sind größere Befugnisse eingeräumt worden. Sein Amt ist eine Einrichtung des Völkerbundes. Und als der Völkerbundsrat im Frühjahr beschloß, daß der neue Emigrantenkommissar eine Staatenkonferenz einberufen solle, da dachte man nicht nur an die Schaffung einer Vereinbarung über die Rechtslage der Flüchtlinge, es sollte auch ihre wirtschaftliche Eingliederung durch Bestimmungen über ihre Verteilung auf die einzelnen Länder in Angriff genommen werden.

## Die Staatenkonferenz

Diese Absicht ist aber nicht innegehalten worden. Die Konferenz, die vom 2. bis 4. Juli in Genf stattfand, und die von fünfzehn Staaten beschickt war, hat sich lediglich mit der Aufgabe beschäftigt, ein vorläufiges Rechtsstatut zu entwerfen, das die beteiligten Staaten zu einer einheitlichen Praxis im Aufenthaltsrecht und bei der Paßerteilung gegenüber der Flüchtlinge veranlassen soll. Alle sozialen Probleme blieben unerörtert. Von den Rechten der Emigranten an die Aufenthaltsstaaten war weit weniger die Rede als von den Rechten der Staaten gegenüber den hilflosen Flüchtlingen. Allgemeine menschliche und politische Erwägungen spielten eine weit geringere Rolle als das Bedürfnis der Staaten sich mit dem Stichwort »Sicherheit und Ordnung« vor neuen Flüchtlingen zu schützen.

## Beschlüsse von Genf

Es ist anzunehmen, daß das »Vorläufige Uebereinkommen betreffend das Statut der Flüchtlinge aus Deutschland« von allen an der Konferenz beteiligten Staaten angenommen wird und künftig die Grundlage für ihr Verhalten gegenüber den deutschen Emigranten bilden wird. Man mag im einzelnen die Vereinbarungen beurteilen wie man will: daß überhaupt eine Rechtsgrundlage, wenn auch in der Form einer zwischenstaatlichen Konvention geschaffen worden ist, ist ein Fortschritt, mag damit auch die Verwaltungswillkür nicht verschwinden. Für eine ganze Reihe von Ländern, in denen man bisher bereits Verständnis für das Schicksal der Flüchtlinge gezeigt hat, wird die neue Konvention keine wesentliche Änderung, vor allen Dingen kaum einen Fortschritt bringen. Länder aber, in denen bisher der kleinlichste Polizeigeist die Stellung zu den Flüchtlingen, insbesondere zu den mittellosen Flüchtlingen bestimmt hat, werden vielleicht durch diese internationale Vereinbarung zu einer weitherzigen Praxis gelangen.

Der Begriff des deutschen Flüchtlings ist sehr eng umschrieben. Nur für

sie gelten die Bestimmungen des vorläufigen Statuts. Im Sinne dieser Abmachung ist deutscher Flüchtling

»jede Person, die sich, aus Deutschland kommend, in einem Lande niedergelassen hat, wenn sie keine andere Nationalität als die deutsche besitzt und wenn festgestellt ist, daß sie hinsichtlich dieser Nationalität weder rechtlich noch faktisch den Schutz der Regierung des deutschen Reiches genießt.«

Danach sind also Inhaber deutscher Pässe keine Flüchtlinge. Als Flüchtlinge gelten nur diejenigen aus Deutschland kommenden Personen, denen entweder die deutsche Staatszugehörigkeit entzogen ist

auch nur unter gewissen Bedingungen. Die Erfüllung dieser Bedingungen wird aber nur von den Behörden der Gastländer kontrolliert, so daß die Willkür ungehemmt ist. Die Handhabung dieser Bestimmungen bleibt also durchaus abhängig von der jeweiligen politischen Situation in den einzelnen Ländern, besonders von dem Einfluß der Sozialisten.

## Sozialisten als Mahner

Selbst die bescheidenen Ergebnisse der Konferenz wären nicht zu verzeichnen, wenn nicht die Vertreter von Regierungen die geistige Führung gehabt hätten, in denen Sozialisten einen nennenswerten

fehlt der Polizeigeist, Herr de Brouckère.«

## Wo bleibt Sowjet-Rußland?

Um so mehr fiel es auf, daß Sowjetrußland dieser Konferenz ferngeblieben war und sich hier, wo das Schicksal auch Tausender von kommunistischen Flüchtlingen entschieden wurde, desinteressiert zeigte. Die zahlreichen, meist kommunistisch gesinnten Teilnehmer der Delegation der Internationalen Asylrechtskonferenz, waren allein auf die Sympathien und die Unterstützung maßgebender Vertreter der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angewiesen. Wie anders könnte die Lage der deutschen Flüchtlinge sein, besonders der politischen Flüchtlinge, wenn Sowjetrußland mit dem großen Gewicht, das ihm seine Stellung als Großstaat im Völkerbund verschafft, und das noch verstärkt wird durch seinen wirtschaftlichen Aufstieg, bereit wäre, die allgemeinen Forderungen der Emigranten, die die Asylrechtskonferenz in Paris aufgestellt hatte, praktisch zu verwirklichen?

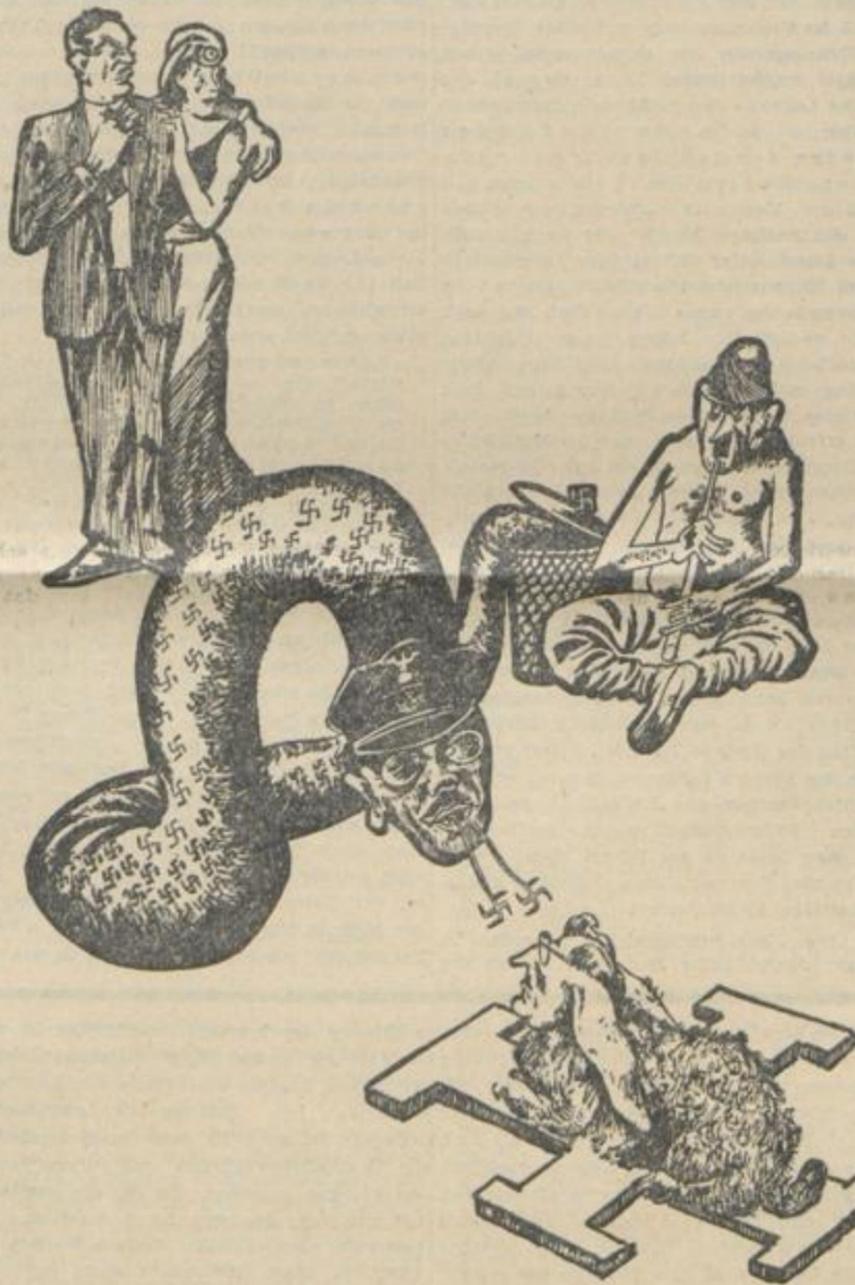
## Die Asylkonferenz

Optimisten haben das um so mehr erwartet, als auf der Pariser Asylrechtskonferenz der Einfluß der engeren politischen Freunde Sowjetrußlands nicht unbedeutend war. Es ist bedauerlich, daß durch die Teilnahmslosigkeit Sowjetrußland gegenüber dem Schicksal der deutschen Flüchtlinge der Ernst der Worte und Beschlüsse seiner Freunde in Paris angezweifelt werden kann. Wir bedauern das um so mehr, als diese Tagung, die als eine Konferenz derer gedacht war, die das Asylrecht gewähren, durch diese Tatsache weit mehr Gewicht hatte, als wenn es eine Konferenz gewesen wäre, von denjenigen, die das Asylrecht für sich beanspruchen. Es ist erfreulich, daß der Genosse Longuet für die französische Volksfrontregierung sowohl auf dieser Tagung als auch auf der Staatenkonferenz in Genf erklärte, daß die Ausweisungen von Flüchtlingen aus Frankreich aufgehoben werden und allen Flüchtlingen, die sich bereits auf französischem Boden befinden, die Arbeitsberechtigung gegeben werde. Eine ähnliche von Verständnis für die politische Wirkung eines Entgegenkommens an die deutschen Flüchtlinge zeugende Haltung Sowjetrußlands hätte der Asylkonferenz sicherlich neben ihrer symbolischen auch entscheidende praktische Bedeutung verschafft. Dadurch wäre auch der Einwand hinfällig geworden, daß die Konferenz zu stark unter agitatorischen Einflüssen gestanden habe und den tatsächlichen Schwierigkeiten kleinerer Länder, die eine verhältnismäßig große Emigration aufgenommen haben, zu wenig Rechnung getragen habe. Für die sozialdemokratischen Teilnehmer der Konferenz gilt dieser Einwand nicht. Für ihre Haltung lag eine bindende Richtschnur in den Beschlüssen der Internationalen Juristenkonferenz in Wien 1931 vor. Unter der Führung von deutschen Sozialdemokraten war damals bereits das Recht auf Asyl, auf einen Identitätsausweis und auf Arbeitsberechtigung für alle politischen Flüchtlinge beschlossen worden. Von diesen Forderungen abzuweichen, weil sie gegenwärtig nicht voll erfüllt werden können, lag für Mitglieder der Sozialistischen Arbeiter-Internationale kein berechtigter Anlaß vor.

## Emigrantenkonferenz

Die »Internationale Konferenz deutscher Emigranten« diente der Vorbereitung der Asylkonferenz und der Staatenkonferenz. Auf ihr wurde aber auch über die Zusammenfassung der deutschen Emigration beraten. Ueber das Ziel herrscht keine Meinungsverschiedenheit. Denn Einfluß auf die Länder und den Völkerbund werden die Flüchtlinge nur haben, wenn sie ein gemeinsames Ziel verfolgen. Ueber den Weg zu dieser Zusammenfassung aber besteht noch keine restlose Klarheit. Er kann nicht in allen Ländern der gleiche sein. Dazu sind die Verhältnisse und die Bedingungen, unter

## Tödliche Freundschaft



oder denen die Ausstellung eines deutschen Passes verweigert wird. Nur solche Personen haben daher einen Anspruch auf den Identitätsausweis, der den Flüchtlingen aus Deutschland ausgestellt werden soll. Er soll ein Jahr gültig sein, und von den Konsulen des Landes, das den Ausweis ausgestellt hat, bis zu sechs Monaten verlängert werden können. Der Ausweis soll das Recht geben, aus- und einzureisen. Die Staaten verpflichten sich deshalb auch diese Pässe zu visieren. Wesentlich unbefriedigender sind die Bestimmungen über die Ausweisung von Flüchtlingen. Sie wurden auf der Konferenz sogar noch verschlechtert, so daß dem sonst sehr ruhigen Kommissar Malcolm die Geduld riß und er sich für die Rechte der Emigranten einsetzte. Neben kleinen Verbesserungen gab es aber trotzdem eine wesentliche Verschlechterung des ursprünglichen Entwurfs. Das ist die Möglichkeit, Emigranten aus Deutschland nach Deutschland abzuschicken, wenn

Einfluß besitzen. Wiederholt haben die Genossen de Brouckère als Vertreter Belgiens, Longuet als Vertreter Frankreichs, der Leiter des Nansenamtes Hanson als Vertreter Norwegens wirksam in die Verhandlungen eingegriffen und die menschliche und politische Seite der deutschen Emigration vor die rein polizeiliche Betrachtung gerückt. Auch die Tatsache, daß die dänische Regierung den Genossen Hedtoft Hansen zum Delegationsführer ernannt hatte, der die Zustimmung Dänemarks zu der Konvention bereits mitgebracht, war von großem Belang. Interessant ist folgendes Intermezzo. Die Schweiz wurde durch den Dezerntenen der Bundespolizei Dr. Rothmund vertreten. Mehrfach kam es zwischen ihm und dem Genossen de Brouckère zu Auseinandersetzungen. Als de Brouckère wieder einmal versuchte, mit allgemein menschlichen Argumenten die Konferenzteilnehmer zu beeinflussen, da erwiderte ihm Dr. Rothmund mit dem Argument: »Ihnen

# Moral im Moor...

## Ein deutscher Bischof besichtigt ein Konzentrationslager

denen der Zusammenschluß der Flüchtlinge erfolgen kann, zu verschieden. So wichtig es auch ist, ein als richtig erkanntes Ziel mit größter Beharrlichkeit zu verfolgen, so falsch ist es, zu verkennen, daß die Wege nicht einheitlich zu sein brauchen. Es ist auch bedeutsam, wenn die Emigranten in ihrem Kampf um eine gesicherte Rechtsstellung, um wirtschaftliche Gleichberechtigung und um soziales Verständnis nicht auf ihre eigene Kraft allein angewiesen sind, sondern gestützt werden von den Organisationen der Gastländer. Sie haben in den vergangenen drei Jahren fast allein die schwere Last der Betreuung eines großen Teils der deutschen Flüchtlinge getragen; ohne sie ist ein Erfolg im Kampf um das volle Asylrecht nicht denkbar.

### Was jetzt zu tun ist

Das »Vorläufige Abkommen« tritt am 4. August 1936 in Kraft. Nach Annahme des Statuts wurde von dem Hohen Kommissar der Vorschlag gemacht, anschließend über die Frage des Arbeitsrechts zu verhandeln, da ja »das beste Asylrecht sinnlos sei, wenn man den Flüchtlingen nicht die Möglichkeit gebe, sich materiell zu erhalten.« Die Konferenz erklärte sich aber dazu außerstande.

In der Herbsttagung will sich der Völkerbund erneut mit dem Flüchtlingsproblem beschäftigen. Es sollen endgültige Beschlüsse gefaßt werden, die dem Kommissar größere Rechte geben, damit er auch die soziale Seite des Flüchtlingsproblems zu behandeln imstande ist. Für diese Aufgaben eine einheitliche Stellung aller Richtungen der Flüchtlinge vorzubereiten, ist mindestens ebenso dringlich, wie die Herstellung einer formalen Einheitsorganisation, die gegenwärtig weit eher ein Papiergebäude als eine wirklich reale Kraft zu werden verspricht.

### „Freiwilligen Verzicht“ an gut sichtbarer Stelle

Es ist des öfteren die Beobachtung gemacht worden, daß Empfänger von Zeugen- und Sachverständigengebühren auf die ihnen zustehenden Entschädigungen zugunsten der NSV oder des WHW verzichtet und gebeten haben, die Beiträge als Spenden des Wohlfahrtsvereins zu überweisen. Um in diesen Fällen und auch sonst allen Volksgenossen im Verkehr mit den Justizkassen die Möglichkeit zu geben, einen Betrag als Spende der NSV oder dem WHW zuzuwenden und um damit dem großen Hilfswerk des deutschen Volkes zu dienen, hat daher der Reichsjustizminister im Einvernehmen mit dem Hauptamt für Volkswohlfahrt der NSDAP angeordnet, daß die Justizkassen und die Gerichtskassen sowie nach Lage der örtlichen Verhältnisse gegebenenfalls auch die Zahlstellen künftig ständig am Zahlhalter Sammelbüchsen der NSV oder des WHW an gut sichtbarer Stelle aufzustellen haben.

(Mittellung des Reichsjustizministeriums in der deutschen Presse.)

Kein Kultur- und Moralkritiker von der verhaltenen Leidenschaft Emile Zolas oder der Herbe Dostojewskis hätte die folgende Geschichte erstinnen können, die jetzt das Dritte Reich aus der Unmenschlichkeit und innersten Verworfenheit erzeugt hat... Ein deutscher Bischof — bekanntester der »Brückenbauer« unter so und so vielen Kongenialen aus der hohen katholischen Kirchenbürokratie, gegenüber deren kaltschnäuziger, vorteilsüchtiger »Taktik« wohlthuend die Tapferkeit und innere Bravour so manchen ganz kleinen Dorfkaplans und so gänzlich unbekanntem Klosterbruders absteht — der hochwürdige Herr Bischof und Staatsrat Berning aus Osnabrück also hat ein deutsches Konzentrationslager, und zwar gleich das berühmteste, das Moorlager Papenburg »besichtigt«. Keine Greuelmeldung — bellebe nicht! Die früher gut katholische »Königliche Volkszeitung«, einmal das Hauptorgan des Zentrums im deutschen Westen, berichtet darüber ganz offiziell unterm 4. Juli d. J. Das Blatt ist ja wohl in diesem Falle ein besonders authentischer, von »jüdischer« Erfindungsgebe weit entfernter Gewährsmann... Oh — den hochwürdigen Herrn Bischof und Staatsrat, der sich zu diesem sinnvollen Entschluß im Zusammenhang mit einer beendigten Firmungsreise in seinem westfälischen Sprengel durchgerungen hatte, empfing am Tor des Lagers — so heißt es in dem Bericht wörtlich — »Standardenführer Schäfer, der den Gast... mit herzlichlichen Worten willkommen hieß...« Man muß nachlesen, was gerade über den Sadisten Schäfer der ganz unpolitische Düsseldorf Schauspieler Langhoff in seinem Erinnerungsbuch »Moorsoldaten«, das mittlerweile die ganze Welt kennt, vor noch nicht anderthalb Jahren aus eigenem schauerlichsten Erlebnissen als Papenburger Häftling dokumentarisch niedergelegt hat! Aber eine bischöfliche Soutane beschmutzt ganz offenbar kein auch noch so bluttriefender Ehrendolch, wenn er nur bei sich bietender Gelegenheit dieser Soutane »herzlich« kommt. Die Soutane — Pardon, der hochwürdigste Herr Bischof und Staatsrat — hat dann den von den Vergewaltigten des Dritten Reiches erbauten Emsländer Kanal — mitten im Moor — besaugenscheinigt. Daß er 17 Kilometer lang ist, daß er eine Sohlenbreite von 6 Metern hat, daß er sogar für Wasserfahrzeuge von zwei Meter Tiefgang fahrbar ist — nichts an solchen grandiosen Errungenschaften der Gestapo-Technik ist dem gütigen Auge des Dieners Gottes entgangen; denn es berichtet darüber das Bulletin in der »Königlichen Volkszeitung« gleich spaltenlang. Und dann heißt es am Schluß dieses Dokumentes zum Jammer dieser deutschen gleichgeschalteten Menschheit:

»Die Besichtigungsfahrt wurde im Lager Aschendorfer Moor beendet, wo der

Bischof in der schön ausgestatteten Vortragsbaracke, in der man einen Altar aufgebaut hatte, eine Ansprache an die Gefangenen hielt, in der er die durch den Glauben auferlegte Pflicht zum Gehorsam und zur Treue gegenüber Volk und Staat besonders hervorhob. In einer zweiten Ansprache an die Wachmänner, die er zu einem Glas Bier eingeladen hatte, drückte Bischof Berning noch einmal seine große Befriedigung über die im Emsland durch das Dritte Reich geleistete Kulturarbeit aus. Zum Schluß seiner Ansprache brachte er ein dreifaches Sieg Heil auf Führer und Vaterland aus.«

Je nun, das steht nun so da und schämt sich nicht, gesetzt und gedruckt worden zu sein! Vielleicht hatte doch tags vorher an der Stelle, wo jetzt Hochwürden seinem Herrgott am Altar zelebrierte, der Prügelbock gestanden? Vielleicht ergoß sich das Weihwasser in denselben Sand, in den vierundzwanzig Stunden früher noch das Blut der Gefolterten gespritzt war? Zu wem hat er gesprochen, der hochwürdige Herr Bischof und Staatsrat? Zu Zuchthäuslern? Zu Dieben? Zu Mördern? Oder nicht etwa zu Familienvätern, die einmal ahnungslos auf irgend eine Denunziation bezahlter Lumpen hin von der Hobeibank weg verhaftet wurden? Zu Frauen, die ihren eigenen Mann oder ihren eigenen Jungen nicht der Tscheka verraten wollten? Und — vor allem — zu wem noch? Wieder lassen wir einen ganz und gar katholischen Zeugen aussagen, damit man uns ob der Ungeheuerlichkeit des Ganzen willen nicht der »Greuelpropaganda« bezichtigt: Im gut katholischen »Deutschen in Polen«, dem amtlichen Organ der Deutschen Christlichsozialen Volkspartei dieses Landes, lesen wir zum gleichen Sachverhalt (Nr. 29 ds.), aber auch mit dem gleichen unverhehlten moralischen Entsetzen, daß so etwas möglich sein konnte:

»Wir wissen nicht, ob es wirklich stimmt, aber es wird uns von reichsdeutscher, in Deutschland lebender Seite, die die Verhältnisse genau kennt, versichert: Pater Spiecker sei bei dem geschilderten Besuch des Staatsrates und Bischofs Berning in Papenburg als Gefangener anwesend gewesen. Mit welchen Gefühlen mag er der Predigt des Bischofs Berning beigewohnt haben?«

Hier allerdings stockt jedes noch weitere Wort. Hier versagt jede Phantasie eines noch so begnadeten Sittendramatikers. Hier müßten selbst Jesajas und Hiob verstummen... Wer ist Spiecker? Der Kölner Jesuitenpater hatte einen Namen von hohem Klang in der katholischen Publizistik der vorhitlerischen Zeit. Ein eigenwilliger und begabter katholischer Denker und Propagandist, auf dessen Wort auch Leute horchten, denen eine Predigt des Herrn Berning, Hochwürden, sehr, sehr gleichgültig gewesen sein dürfte. Daß er, der Pater aus der Gesellschaft Jesu, in der Haft in Papenburg Schändliches erduldet hat, ist erst vor kurzem der Welt in einer be-

wegten Schilderung der »Deutschen Wege«, des in Holland erscheinenden katholischen Emigrantenblattes bekannt gegeben worden.

Sie trafen sich also im Moor: der Herr Bischof und der Pater. Und dieser Moor mag in der Tat durch eine Arbeit, an der der Fluch unschuldig Gemarterter klebt, trocken gelegt sein. Der moralische Morast aber, in dem diese denkwürdige Begegnung stattfand, wird durch keine Enzyklika trocken gelegt!

H. E.

### Meine Ehre — Deine Ehre

Vor nicht langer Zeit ging die Nachricht durch die Presse, daß sich in Deutschland künftighin jeder Mensch werde duellieren können, wenn ihm einer was am Zeuge flicke. Die Kumpels mit 15 Mark Wochenlohn in der zerchlässenen Tasche werden ihrem Führer Dank gewußt haben, daß sie von Stund an das blanke Papier gegeneinander schwingen dürfen, wie ehemals nur die Herren Studenten. Nunmehr wird der Ehrenschatz durch einen Hinweis ergänzt. Das Deutsche Nachrichten-Büro meldet:

»Wie Reichsleiter Major Busch wiederholt in der Presse ausgeführt hat, ist es den Mitgliedern der Partei untersagt, sich gegeneinander im Wege von Privatklagen zu bekämpfen. Sie dürfen nur dann Privatklagen erheben, wenn das zuständige Parteigericht seine Genehmigung dazu erteilt hat. Reicht also ein Parteimitglied gegen einen anderen Parteigenossen eine Privatklage ein, ohne die Genehmigung seines zuständigen Parteigerichtes erhalten zu haben, so darf das ordentliche Gericht der Klage nicht stattgeben, es muß vielmehr das Verfahren einstellen, weil die Genehmigung des Parteigerichtes als eine wesentliche Prozeßvoraussetzung angesehen werden muß.«

Der pp. Volksgenosse wird sich also vergewissern müssen, wer höher im Dienstrang steht, er oder der andere, der ihm eine herunterhaute. Denn es liegt nach der bisherigen Praxis durchaus im Bereich des Möglichen, daß sich das Parteigericht die Tressen der Kontrahenten anschauen wird. »Wer wagt es, den Herrn Obergruppenführer zu verklagen? Der trete vor.«

### Pestangst

Es ist bezeichnend, daß besonders die politischen Witze mit einer Schnelligkeit Verbreitung finden, wie in vergangenen Jahrhunderten die Pest nach Krieg, Hungersnot und Dürre.

(Nationalsozialistische Wochenzeitschrift: »Deutsches Wollen.«)

### Aus der Flüsterzeitung

In Berlin laufen eine Schnecke und ein Ziegenbock um die Wette. Wer kommt eher an? — Natürlich die Schnecke. Sie versteht sich aufs Kriechen, und der Ziegenbock meckert viel zu viel.

## Kriegsroman 1938

Denkt man sich in dem 1938 spielenden Roman »Der Untergang von Prag« (Editions du Carrefour) die reichlich kolportagehafte Vorgeschichte weg, so bleibt etwas Gewichtiges: der richtig gezeichnete politische Hintergrund, mit Perspektiven, die vor allem die Staatsmänner des Westens interessieren sollten. Der Verfasser S. Fowler Wright hält sich mit seiner Utopie durchaus an die Drohungen der Gegenwart: die Hitlerregierung nimmt Attentatslegenden zum Vorwand, um der Tschechoslowakei ein Ultimatum zu überreichen. Die tschechoslowakische Regierung lehnt ab und abends beginnt bereits der wohl vorbereitete deutsche Ueberfall. Luftkämpfe vor Prag, heldenhafter Widerstand der tschechischen Luftflotte, Sieg der deutschen Uebermacht, Explosionen in Prag, von Naziagenten vorbereitet, Zertrümmerung der Unterstände, grauenhaftes Luftbombardement.

Am Morgen liest die erstaunte, entsetzte Welt die erste Kriegsproklamation der Berliner Regierung: Annexion von Böhmen, Mähren und der Slowakei. Wieder einmal steht die Welt vor einem fait accompli, vor dem entsetzlichsten der letzten Jahrzehnte. Dies Gespenst war rechtzeitig an die Wand gemalt worden, jahrelang waren die Staatsmänner des Westens beschworen worden, feste Entscheidungen gegen einen solchen Ueberfall zu treffen — nichts geschah. Darum konnten die braunen Brandstifter ein Verbrechen wagen, das sie sonst nicht gewagt hätten. Nun beriet die englische Regierung, in welche diplomatische

Form sie ihre Neutralität kleiden sollte, aber sie hatte schon keine Wahl mehr, Hitlers Regierung verlangte bereits Pfänder für die englische Neutralität: »Die Kontrolle über Gibraltar und den Suezkanal, bis zu dem Zeitpunkt, da der Friede gesichert sein wird...« Verträge galten ja ohnehin seit langem nicht mehr. Verstört und bleich sitzen die englischen Minister und starren auf die Uhr: es ist drei Minuten vor Ablauf des deutschen Ultimatus. — Hier bricht der Roman ab und dieser Schluß, diese Einschätzung Englands ist wohl das für unser Gegenwartsempfinden Charakteristischste: England gilt schon als eine sinkende Macht, die von der Tiefe ihres Sturzes noch nichts ahnt.

Einige Jahre vor dem Weltkriege erschien ebenfalls ein Roman des kommenden Schreckens, »Das Menschenschlachthaus« hieß er. Der Schriftsteller Lamascus schrieb ihn zur Warnung, schilderte das Entsetzliche der Massenmordtechnik von damals. Der Krieg kam und es zeigte sich, daß Lamascus Schreckensbild hinter den Greuel der Wirklichkeit weit zurück blieb. Der Krieg dauerte länger, Giftmord und Tankgeschwader ahnte der Warner 1912 auch noch nicht. Hätte England damals 1914 rechtzeitig erklärt: ein Ueberfall auf Serbien ist auch für uns der Kriegsfall — der Weltkrieg wäre nicht ausgebrochen.

Auch Fowler-Wrights Vision bleibt bestimmt hinter den Schrecken eines kommenden Krieges zurück und seine Wertung der tschechoslowakischen Widerstandskraft ist nach dem Urteil neutraler militärischer Fachleute bestimmt falsch, aber seine Ein-

schätzung der braunen Brandstifter ist richtig. Wieder einmal hängt Europas Gleichgewicht von London ab. Würde England heute erklären: jede Störung des europäischen Friedens ist auch für uns der Kriegsfall — die Brandstifter würden mit ihren Lunten vorsichtiger umgehen. Es ist ein englischer Schriftsteller, der sein Land drastisch und beizeiten warnen will: Noch schreiben wir 1936, Englands Weltmacht steht auf dem Spiele, jeder Sieg der faschistischen Eroberer ist Englands Niederlage; in Mitteleuropa wird Großbritanniens Machtstellung entschieden.

K. R.

### Kunst und Rassenesele

Die »Frankf. Ztg.« hatte gewagt, in einem Artikel zur jüngsten Reichstagung der NS-Kulturgemeinde einiges Kritische vorzubringen und zu sagen: die NSK habe sich wieder einmal eine Selbstbestätigung ausgestellt, Selbstkritik jedoch sei wichtiger; es genüge nicht, die Maßstäbe des Künstlerischen aus der eigenen Rassenesele zu entnehmen. Und das »rassegebundene Erlebnisse der Kunst über den Wert des Künstlerischen entscheiden zu lassen, müsse auf die Dauer zur Verflachung und zur Phrase führen. Erkenntnis sei mindestens so wichtig wie Erlebnis, und es erscheine bedenklich, wenn sich das »neue Erlebnis« nicht mehr einer objektiveren Instanz, als es das Rasseerlebnis sein könne, verantwortl. fühle.

Diese vorsichtigen Betrachtungen, die nebenbei an die unbestrittene Tatsache erinnern, daß die deutsche »Rassenesele« ein unkontrollierbares europäisches Gemisch dar-

stellt und im Süden ganz anders reagiert als im Norden, in Breslau anders als in Köln — diese gelinde Mahnung zur Besinnung haben in der Nazipresse zornige Wallungen hervorgerufen. Denn sie weiß: So, wie die Frankfurterin, denkt die gesamte gleichgeschaltete Presse über das Treiben der NSK. Trotz der Herausforderung folgte keine Auseinandersetzung über Rassenesele, nein, das wagen die Naziblätter schon nicht mehr, das können sie nicht, für alles weitere ist Rosenbergs Mythos zuständig — und wer versteht das? Der »Frankf. Ztg.«, jetzt arisch und gleichgeschaltet bis obenhin, wird lediglich eins an den Kopf geworfen: »Wir kennen jene objektiven Instanzen, es ist der Jude...«

Dies bißchen Antwort wird in lange Spalten gewickelt, sonst keinerlei Argument, keine Auseinandersetzung — so jämmerlich ist es um das bestellt, was die NSK ihre Kunstmaßstäbe nennt. Und das Zeug denke man sich als Preisrichter auf der kommenden Kunstolympiade, wo die verschiedenen Rasseneseelen miteinander konkurrieren sollen!

### Der Spitzelbund

Von der Kampfbewegung zur Schnüfflerorganisation

Wie in der SA, so herrscht in der NSDAP seit langem wachsende Mißstimmung und Langeweile. Die braune Partei hat keinerlei politischen Aufgaben mehr, sie hat nichts mehr zu sagen. Ihre Mitglieder sind Stimmvieh, haben zu zählen, zu marschieren und Staffage zu bilden. Die Klagen über den »schwindenden Kämpfergeist« reißen infolgedessen nicht ab. Die Meckerei nimmt zu, zu-

# Die deutsche Schule stirbt

## Festliche Lehrertagung und die Kehrseite: Die Hälfte der Studienassessoren haben keine Verwendung — »Ein Ende mit Schrecken«

In dieser Woche wurde zu Bayreuth die Reichstagung des NS-Lehrerbundes abgehalten. Die deutschen Zeitungen bemerkten voller Ergriffenheit, zu welcher »allumfassender Erzieherorganisation« der ehemals »kleine Stoßtrupp glaubensstarker Männer« angewachsen sei, und Gauleiter Wächtler wie in seiner Eröffnungsrede auf die drei Kernpunkte der Tagung hin, auf das Bewußtsein des Rassegedankens, die Pflege des Wehrgedankens und die Mitarbeit an der »Erhaltung des Friedens«. Auf den Sondertagungen der Fachschaften des Lehrerbundes wurden denn auch gehorsam Fragen wie die folgenden behandelt: »Rasse, Erziehung zum Wehrwillen, Luftfahrt, Luftschutz, Leibeserziehung, charakteristische Erziehung, Geschichte und Ähnliches«. Außerdem stellte man die hochwichtige Forderung, daß die Zeitung noch mehr als bisher in die Schule hineingetragen werden müsse. Unter »der Zeitung« ist wohl in besonderem Maße der Stürmer zu verstehen, der heute schon zur vertrauten und lieb gewordenen Lektüre zahlreicher ABC-Schützen gehört.

Eine Kleinigkeit vermühten wir allerdings auf dem reichhaltigen Speisozettel des Nationalsozialistischen Lehrerbundes, des einzigen Gewerkschaftsersatzes, den die gesamte Lehrerschaft im Reich gegenwärtig zur Verfügung hat. Ueber die Arbeits-, Lebens- und Gehaltsbedingungen der Schulmänner wurde entweder gar nicht oder nur hinter dicht verschlossenen und verhängten Türen geredet. In die Zeitungen drang jedenfalls kein Sterbenswörtchen. Man ist eben nicht mehr so materiell eingestellt wie in den vierzehn Jahren der Schmach, man kümmert sich nicht im mindesten darum, daß — während in Bayreuth über Rasse, Wehrwillen »und ähnliches« verhandelt wird — viele hundert deutsche Lehrerkollegen vor der Frage stehen, ob sie verhungern oder sich erschießen sollen. Wir möchten nicht in den Verdacht geraten, Greuelpropaganda zu treiben und zitieren deshalb ausführlich einen Artikel der nationalsozialistischen »Preussischen Zeitung« Nr. 188, an deren Worten wohl sogar Goebbels kaum zweifelt. Der Aufsatz, betitelt »B-Assessoren« ist neckischerweise gerade drei Tage vor dem Beginn der festlichen Lehrerversammlung erschienen — allerdings am anderen Ende des Reiches. Es heißt darin:

»Durch eine ministerielle Verfügung ist bestimmt, daß jeder, der an der Universität sich diesem Studium (dem Lehrberuf an höheren Schulen, NV) widmen möchte, vorher erst ein Jahr an einer pädagogischen Akademie zu verbringen hat, wo er auf Herz und Nieren geprüft wird.

Etwas anderes aber ist es mit den vie-

len Studienreferendaren und -assessoren, die aus früheren Jahren stammend, heute bereits im Besitz dieser ersten akademischen Grade auf dem Wege zum Studienrat sind, aber keine Aussicht haben, in absehbarer Zeit irgendeine auf die Dauer bezahlte Beschäftigung oder gar Anstellung zu bekommen. Der bekannte Schrumpfungsprozeß der höheren Schule hat sein übriges getan, um die Lage dieser Volksgenossen noch hoffnungsloser zu gestalten. Einmal nämlich ist eine Anzahl von Schulen eingegangen und mit ihnen auch eine Reihe von Beschäftigungsmöglichkeiten. Dann aber auch werden die Stellen, die durch natürlichen Abgang an den verbliebenen Anstalten frei werden, zum großen Teil von jenen Studienräten besetzt, die von den eingegangenen Anstalten her nun frei geworden sind und beschäftigt werden müssen, weil sie ja auch ihr Gehalt beziehen. Blieben alle Assessoren und Referendare ihrem Berufe treu, dann könnten sie frühestens mit 40 Jahren auf eine Anstellung als Studienrat und die erst dadurch gegebene Möglichkeit zur Gründung einer Familie rechnen. Das ist sowohl für den einzelnen eine ganz große seelische Belastung, wirkt sich aber auf der anderen Seite auch bevölkerungspolitisch außerordentlich ungünstig aus.

Es gäbe ja noch andere Auswege als die Kaltstellung der Referendare und Assessoren. Es gäbe zum Beispiel die Möglichkeit, den »Schrumpfungsprozeß« der höheren Schule aufzuhalten, indem man wie weiland in der verruchten Systemzeit mehr Mittel für schulische Zwecke aufbrächte, schwächer besuchte Anstalten vor dem Eingehen bewahrte und in den überfüllten Schulen — die gar nicht selten sind — endlich die Klassen verkleinerte. Aber dafür sind wohl gegenwärtig keine Gelder flüssig (siehe die auf der Lehrertagung behandelten Themen: Wehrwille, Luftfahrt u. ä.). Weiter gäbe es den Ausweg, neuen Zuzug zu dem aussichtslosen Beruf für einige Zeit zu sperren. Auch hier sind aber sozusagen »nationale« Interessen im Wege. In Trier wird sogar am 20. Oktober 1936 eine funkelneue Hochschule für Lehrerbildung eröffnet werden, die »ein geschlossenes Bild der nationalsozialistischen Bewegung« zeigt und einen Lehrkörper von 14 Professoren und Dozenten aufweisen soll. Das Studium auch für die künftigen höheren Lehrer ist dort gebührenfrei. Man denkt also gar nicht daran, den Zustrom neuer Lehrkräfte zu verhindern, vielmehr sollen junge, garantierte braune — »auf Herz und Nieren geprüfte« — Kräfte all jene verdrängen, die noch einen Hauch vom freiheitlichen und menschlichen Gelste des republikanischen Schulwesens verspürt haben. Und was geschieht nun mit den Ausrangierten? Wir geben wieder der »Preussischen Zeitung« das Wort:

»Anscheinend haben die zuständigen Stellen sich gesagt, daß ein Ende mit

Schrecken immer noch einem Schrecken ohne Ende vorzuziehen sei, und haben darum in letzter Zeit die Studienassessoren in die beiden Gruppen A und B eingeteilt. Hat der Studienreferendar immer noch die Möglichkeit, durch ein gutes Assessorenexamen von der Gruppe B in die Gruppe A zu gelangen, was aber außerordentlich schwer ist, so ist bei den Assessoren die Einteilung endgültig. Wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wurde, sind beide Gruppen zahlenmäßig gleich stark. Das bedeutet mit anderen Worten, daß die Hälfte der heutigen Studienassessoren in ihrem Beruf keine Aussicht auf eine Verwendung und mithin auch keine Aussicht auf irgendein Einkommen hat. Bei der Mitteilung über die Zuweisung zur Gruppe B befindet sich daher auch der nüchterne Hinweis, daß der Betreffende sich nach einem anderen Beruf umsehen möge.

Die Einteilung in die Gruppen A und B — »sie mußte«, so bekennt sogar der Schreiber des zitierten Artikels, »naturgemäß immer nach zum Teil recht äußerlichen Gesichtspunkten vorgenommen werden« — bedeutet natürlich eine rück-sichtslose Ausübung im Sinne nationalsozialistischer »Wertigkeit«, bedeutet einen Sieg der strammen Muskeln und der krummen Rücken. In Lehrerkreisen werden, so versicherte uns ein Eingeweihter, die entsprechenden Bezeichnungen bereits weitergeführt: Gruppe A = alter Kämpfer, Gruppe B = bürgerlicher Neinsager, denn die Sozialisten sind ohnehin schon aufs Pflaster geflogen. Der neue Lehrerbau bedeutet also wirklich ein »Ende mit Schrecken«, nicht nur für die abgesetzten Lehrer, mehr noch für das deutsche Bildungswesen, denn was an jungen Kräften nachrückt, hat zwar Schießen gelernt, aber sonst nicht viel.

Die B-Leute sollen sich nunmehr nach einem »neuen Beruf« umsehen. Dazu bemerkt die »Preussische Zeitung«:

»Was das für jene Menschen zwischen 30 und 40 Jahren ausmacht, die zum Teil auch schon verheiratet und Familienväter sind, kann sich jeder leicht ausmalen. Sie stehen nun vor der Tatsache, daß sich für sie nur noch gelegentlich eine vorübergehende Bezahlung für in Anspruch genommene Dienste ergibt, zumal selbst die Assessoren der Gruppe A keine allzu rosigen Aussichten haben. Es erhebt sich die große Frage: Wohin mit jenen zum Teil nicht mehr jungen Kräften, die die besten Jahre ihres Lebens und erhebliche Geldmittel darauf verwandt haben, um einen Beruf zu ergreifen, in dem sie heute nicht mehr gebraucht werden? Um nochmals in die Lehre zu gehen, sind sie zu alt, können es auch zum Teil als Familienväter wirtschaftlich überhaupt nicht durchhalten. Ganz abgesehen davon, daß erst noch Unternehmungen gefunden werden müssen, die Lehrlinge von 35 Jahren und mehr einstellen. Wer Jahre großer

Entbehrungen und eifrigen Strebens darauf verwandt hat, um einen ihm zusagenden Beruf zu ergreifen — und es sind viele darunter, die sich das Lehramt nicht der sicheren Existenz wegen erwählten —, der hat schließlich bewiesen, daß er nicht gerade zu den schlechtesten Volksgenossen gehörte. Heute verkümmern diese Menschen als Nachlaß einer Zeit, die Folgen und Ende nicht bedachte, schuldlos in materieller, wie auch in erheblicher seelischer Not. Und diese Not heißt: Arbeits- und Erwerbssuche.

Sie verkümmern zwar nicht als »Nachlaß« einer vergangenen, sondern als Opfer der neuen, der herrlichen Zeit — aber sie verkümmern eben, sie hungern oder erhängen sich. Was geht das die Lehrerversammlung in Bayreuth an? Gar nichts. Man hat kaum ein kollegiales Achselzucken für solche Leute, denn sie gehören nicht zu den »drei Kernpunkten« der Tagung, Deutschland ist schöner geworden, Kameradschaft und Gemeinschaftssinn schließen üppig ins Kraut, die Arbeitslosigkeit gehört einer vergangenen Zeit an — und die vielen, die Not leiden, tun gut daran, sich während der Olympiade in den dunkelsten Ecken zu verkriechen, denn zu Fremdenführern eignen sie sich nicht, selbst wenn sie den Doktor phil. haben und in neuen Sprachen sehr bewandert sind.

## Der Staat kann nicht mehr

Der »Fridericus« schimpft:

»Es ist schier unheimlich, wie viele verdiente Männer wir in Deutschland haben. Die einen waren im Kriege besonders tapfer, sie brachten Orden und Narben heim. Die anderen fochten nach dem Kriege gegen Spartakus, sie bestanden Straßenschlachten und Saalschlachten. Die dritten brachten die vaterländische Bewegung erst richtig in den Schwung. Den vierten ist es zu verdanken, daß schließlich Adolf Hitler den Sieg errang. Die fünften bekämpften mit Erfolg die Rückständigkeit. Andere waren Bahnbrecher für die Entjudung Deutschlands. Und so weiter!

Ich bitte, mich nicht falsch zu verstehen. Nur die will ich mir besonders ansehen, die der Meinung sind, weil sie Orden und Narben haben, weil sie Straßenkämpfe und Saalschlachten bestanden, weil sie gegen Juden, Marxismus und Rückständigkeit kämpften, sei der Staat verpflichtet, ihnen eine möglichst gute und sichere Stellung zu geben und sie bis an ihr Lebensende zu besolden.

Mit dem besten Willen — das kann der Staat nicht.

Die ersten und größten Judenfresser, Sozialistenmörder und Saalschlichter sind bis über ihr Lebensende hinaus versorgt — die letzten beißen die Hunde.

## Das Idealweib

»Die Totenklage wurde der großen tragischen Kunst Mary Wigman anvertraut. Was bei dieser ernsten zielbewußten Frau angenehm berührt, ist ihre Natürlichkeit und Lebensnähe. Als der Spielleiter Dr. Niedecken-Gebhard zum Aufbruch mahnt, bekommt er ganz schlicht und einfach zu hören: »Sie sind wohl irrsinnig geworden?« Dann probt sie seelenruhig weiter.

(»Deutsche Allgemeine Zeitung« Nr. 320.)

mal es außer dem totalen Staate keinen sichtbaren Gegner mehr gibt. Die Mitglieder müssen also abgelinkt, irgendwie beschäftigt und zerteilt werden. Das soll nun geschehen und die »Nationalsoz. Korresp.« berichtet darüber:

»Nach dreijähriger Vorarbeit ist die Partei heute daran, ihre unterste Einheit, den Block, neu zu gliedern. Nicht mehr eine bestimmte Zahl von Parteimitgliedern sollen nach Abschluß dieses großen organisatorischen Werkes den »Block« bilden, sondern der Block der Partei soll sich geographisch gliedern und seine Betreuungsaufgabe sich auf eine bestimmte Zahl von Haushaltungen der Volksgenossen beziehen. Jeder Volksgenosse soll nach diesem Plane, der heute schon im ganzen Reich nach Anordnungen Dr. Leys in der Durchführung begriffen ist, in lebendiger Fühlung mit dem Beauftragten der Partei stehen — der keinen anderen Auftrag hat, als dort zu helfen, wo geholfen werden muß, dort zu raten, wo Rat geholt wird, dort zu berichten, wo Wünsche oder Sorgen fühlbar werden.«

Jede Familie unter Beobachtung und Bewachung, jedes NSDAP-Mitglied ein Schnüffler und Denunziant, ein Werkzeug der Gestapo und fett gewordener Bonzen — das ist der Sinn der neuen »Umgruppierung«. Eine Partei, die einst immerhin als Kampfbewegung begann, endet als das Gemeinste, das es neben der organisierten Gangsterei geben kann: als Bund von Angebern und Spitzeln. Wer am besten schnüffelt, kann avancieren.

## Michel ausgepiffen

Hans im Glück, das Märchen vom einfältigen Träumer, ist im Dritten Reich verfilmt worden. Mit Volkliedern, Vogelgezwitscher

durch Tierstimmen-Imitator, Volkstänzen und Raufereien im Blubostil. Der Durchfall war vollständig, das Publikum pffft. Die DAZ drückt das Debakel so aus:

»Bei diesem Film ermüdet aber das Publikum bald und sucht sich, als der Hans im allzu neckischen Spiel seine Grete verfolgt, durch Zwischenrufe selber zu unterhalten. Der Schluß, da Hans seinen eingegangenen Schatz der gerührten Mutter vorführt, löst Heiterkeit aus und die Leute vor der Leinwand pfeifen mit den Vögeln im Film um die Wette.«

Hans kam als deutscher Michel daher, und da wurden die Zuschauer wohl einer anderen Symbolik gewahr, als die Verfasser wollten. Der Tor auf der Leinwand, der am Schluß sein Tier für einen wertlosen Wetzstein hin gibt (aber zum happy end seine Grete kriegt) dies war ja doch wohl jenes deutsche Volk, das mit der Demokratie seine Freiheit schließlich für einen Pfunder verschleuderte! Hier wurde ein trauriges Volksschicksal zum Kitschfilm gedreht und darüber sollte sich das Volk zum Schluß mit der Grete hinwegtrösten. Da pfften die Zuschauer. Es mag einer politischen Demonstration geglichen haben.

## Der entfesselte Kitsch

Der Kitsch hat drüben auf allen Gebieten entsetzliche Dimensionen angenommen. Die Notstreife reißen nicht ab. Eine besondere Zeitschrift wurde allein gegen den Germanenkitsch gegründet. Alle möglichen Instanzen sind aus dem Boden geschossen, um Deutschland wieder einigermaßen zu entkitschen. Jeder Stand fabriziert seine eigenen Albernheiten. Neuerdings wendet sich der Presse-

dienst des Einzelhandels gegen den neuen Kitsch im Kaufmannsgewerbe. Ein Artikelschreiber klagt da:

»...daß wir in den letzten Jahren eine Konjunktur berufsständischer Ideale erlebt hätten, die vielfach in eine Kitschproduktion auszuarten begänne. Die Besinnung auf Grundlagen und Geschichte des Kaufmannstums sei notwendig, und erzieherisch wertvoll. Seine berufsständischen Ideale würden aber nicht dadurch lebendiger, daß man sie mit dem romantischen Zierat einer mittelalterlichen Vergangenheit umkleide.«

Noch bedenklicher sei, heißt es weiter, daß das neue »berufsständische Ideal« des ehrbaren Kaufmanns nicht zu einer sozialen Auffassung des Berufs geführt habe. Kurz, dem Verfasser stößt es auf, daß trotz der neuen großen Kitschtöne die alten sozialen Gegensätze weiter leben. Wollte er jedoch das Kitschübel genauer nehmen, so müßte er feststellen, daß man nur dem nicht appropierten Neukitsch zuleibe will, der staatlich gepflegte Gesinnungskitsch hingegen wuchert in Kunst, Literatur, Theater, Presse und sonstigem öffentlichen Leben um so toller. Denn die Urelemente des Kitsches sind Unechtheit und Verlogenheit, weshalb Kitsch und Nazistaat untrennbar zusammen gehören.

## Der Feind

In der »Reichskammer der bildenden Künstler« gibt es ab und zu Opposition gegen die braunen Kunstdogmen. In der Zeitschrift dieser Gilde (»Die Kunstammer«) schreibt ein Meckerer:

»Wer da aber meint, eine eigene Art des Sehens und Inneren Verarbeitens, seine Art des Denkens und Fühlens dem Künstler

aufzwingen zu können, der soll sich ja nicht etwa für einen Mäzen halten — er ist vielmehr ein Feind der Kunst, auch wenn er Jahr um Jahr Tausende für sie ausgibt. Solches Verfahren macht den jungen, noch unfertigen Künstler unsicher, anstatt ihn zu fördern; dem gereiften gegenüber ist es jedoch vermessend, weil dieser ohnehin — wenn er seine Kunst ehrlich meint — danach strebt, das Allgemeinmenschliche zu erkennen, zu erfassen und auf seine Weise in eine Form zu bringen, damit es zum Allgemeingültigen werde. Hat der Künstler Mut und Gedanken, so wird das Endergebnis stets sein, daß er sich selbst von dem »wohlmeinendsten« und »freigibigsten« Mäzen abwendet.«

Das trifft den totalen Staat und seine Kunstfeldweibel mitten ins Herz.

## »Nicht die richtige Art«

Ausgerechnet der »Fridericus« beklagt sich:

»Leder macht sich unter unverantwortlichen Zeitgenossen neuerdings die Gepflogenheit breit, nicht — wie der Führer und seine Männer es tun — auch das deutsche Studententum gerecht zu behandeln, sondern so zu tun, als ob das alte Studententum nur aus Ueberflüssigkeiten, Theaterel und dergleichen bestanden habe.

Band und Mütze und Banner sind beiseite gelegt. Die heutige Zeit zeigt andere Formen. Aber es tut weh, wenn unverantwortliche Zeitgenossen die alten Symbole mit Hohn und Spott überziehen. Das schafft keine Volksgemeinschaft, sondern Verärgerung und Verbitterung.«

Die Erkenntnis kommt spät, und außerdem ist sie staatsfeindlich, denn wenn die Nationalsozialisten aufhörten, den besiegten Gegner zu bespeien, so wären sie keine Nationalsozialisten mehr.

# Fünfundzwanzig Jahre Reichsversicherungsordnung

Sie soll „volksnahe“ gemacht werden

Die Nazis versichern täglich in unzähligen Reden, daß sie nach 14 Jahren Mißwirtschaft der Systemparteien endlich das Gemein-schaftsleben des Volkes gestaltet hätten. Alles was vorher geschehen war, hatte »marxistische Vernichtung gebracht, mit dem 30. Januar 1933 beginnt der »soziale Aufbau«.

Da aber die Feldweibel der Arbeitsfront über eine sozialpolitische Tätigkeit unter Adolf Hitler kaum etwas zu berichten haben, so verlieren sie sich gelegentlich immer wieder in die Vergangenheit, um sich mit den fremden Federn aus den schlimmen 14 Jahren »deutschen Abstiege« zu schmücken. So begehrt die gesamte Presse der Deutschen Arbeitsfront zum 19. Juli 1936 feierlich mit einem Gedenkartikel, das 25jährige Jubiläum der Reichsversicherungs-Ordnung. Dieses große Werk der Sozialversicherung ist nach Meinung der Nazi-Literaten antimarxistischer und antiliberalistischer Natur. Der größte deutsche Sozialpolitiker soll Fürst Bismarck gewesen sein, der vor 50 Jahren die deutsche Sozialversicherung begründet hat. Die kaiserliche Botschaft von 1881 wird dann als die große soziale Richtlinie für die späteren Gesetze des Arbeitsschutzes erklärt.

In Wirklichkeit beruht die Bedeutung der deutschen Sozialgesetzgebung bis zu Hitlers Machtantritt auf der geschichtlichen Tatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie die Sozialpolitik in einem jahrzehntelangen Kampf von jener arbeiterfeindlichen Zweckbestimmung befreit hat, die ihr durch Bismarck und Wilhelm II. zugebracht war.

Diese »Begründer« der deutschen Sozialversicherung hatten die ausgesprochene Absicht, mit kleinen sozialen Geschenken an die Arbeiter, diese der Sozialdemokratie entfremden zu können. Sozialpolitik war für Bismarck keine Anerkennung des Rechts auf Arbeit, sondern patriarchalisches Wohlwollen und Fürsorge, um sie politisch gefügig zu machen.

Der Jubiläumsschreiber feiert in einer reichen Unkenntnis der Geschichte die Leistungen seiner Klassenfreunde auf dem Gebiete der Vereinheitlichung der Sozialversicherung. Er weiß nicht, daß die Sozialdemokratie im frühen Ringen mit den bürgerlichen Parteien nur Schritt um Schritt die Wahlen, die Vermögensverwaltung, die Aufsicht und die Rechtsprechung der verschiedenen Versicherungsträger vereinheitlicht hat. Es ist ihm unbekannt, daß die Zersplitterung der Krankenkassen in Orts-, Betriebs-, Innungs- und Landkrankenkassen immer wieder Gegenstand der Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokratie und Bourgeoisie gewesen ist. Die Besetzung der Innungskrankenkassen konnte kurz vor dem Ziel nicht mehr erreicht werden, weil die Nationalsozialisten es als Verbündete der bürgerlichen Parteien zu verhindern wußten. Verlogen, wie sie sind, schreiben die Nazis heute:

»Obwohl man die Zusammenfassung der Versicherungszweige als wichtigstes Ziel hervorhob, errichtete man neben der Reichsversicherungs-Ordnung das Angestelltenversicherungs-Gesetz.«

Die Reichstags-Protokolle weisen heute noch aus, daß 1910 und 1911 das Sondergesetz für die Angestellten nur zu dem politischen Zweck gemacht worden war, um eine Solidarität von Angestellten und Arbeitern zu verhindern und daß ausschließlich die Sozialdemokratie, statt einer besonderen Angestelltenversicherung die Einbeziehung der Privatangestellten in die allgemeine Invalidenversicherung verlangt hatte. Die Rufer im Kampf um die Sonderversicherung waren vor allem die Völkischen Stöcker, Schack, Raab und Genossen. Die Nazis müssen die Wahrheit verschweigen, um marxistische Erfolge zum Gegenstand ihrer Jubiläumsfeier machen zu können. Die Sozialdemokratie, so erzählen sie jetzt, sei ein Gegner der Reichsversicherungs-Ordnung, denn sie hätte alle Gesetze zur Sozialversicherung abgelehnt. Woher sollten auch die Bonzen der Arbeitsfront wissen, daß die Reichsversicherungs-Ordnung in Hunderten von Kommissionssitzungen aus der Initiative von Sozialdemokraten, wie Molkenbuhr, Höch u. a. gestaltet werden mußte, bevor jene Abstimmungen im Reichstag möglich waren. Wenn die Sozialdemokratie gegen das ganze Gesetz gestimmt hat, so nur deshalb, weil die bürgerlichen Freunde der Nazi die Reichsversicherungs-Ordnung in wichtigen Teilen wieder verschlechtert hatten.

»Die Schädlinge«, so schreiben die Nazis, »des unheilvollen marxistischen Einflusses wurden verstärkt durch das Unglück des Weltkrieges.«

Diese Klage stößt die Arbeitsfront aus in demselben Augenblick, da der »Führer«

Europa in eine neue Weltkatastrophe zu stürzen droht und Schächt die Mittel der Sozialversicherung für Rüstungen geraubt hat. Es wird weiter geschwindelt:

»Und nach dem Weltkrieg brachte der jüdisch-marxistische Inflationsschwindel die deutsche Sozialversicherung fast zum Zusammenbruch.«

So werden sogar die Nutznießer des großen Währungssturzes Stinnes, Helfferich und Konsorten von den Nazis reingewaschen. Es gehört wohl mit zu den unvergeßlichen großen sozialpolitischen Leistungen der deutschen Sozialdemokratie, daß sie nach der Inflation, die einen völligen Zusammenbruch der Sozialversicherung gebracht hatte, ihren Wiederaufbau in wenigen Jahren vollendet hatte. Dem Aufbau folgte der Ausbau. Die Knappschaftsversicherung, die Krankenversicherung der Seeleute und die Arbeitslosenversicherung, die von 1924 bis 1928 geschaffen werden konnten, sind weitere Beweise für die »nachteilige Geisteshaltung« der bösen Marxisten.

Geradezu komisch liest sich in dem Jubiläumartikel die Bemerkung, daß vor Hitler »sachlich nicht vorgebildete aber parteipolitisch verdiente Leute als Leiter der Krankenkassen« tätig gewesen seien. Die Spatzen pfeifen es doch von den Dächern, daß im Dritten Reich das Parteibuch allein für die Besetzung der Posten in der Sozialverwaltung maßgebend ist und daß Korruption und Unterschlagung

## Konjunktureller Umsatzauftrieb?

Gedrückte Lebenshaltung — gesteigerte Rentabilität

Im Mai waren die Umsätze des Einzelhandels nach der amtlichen Schätzung um 18 Prozent höher als im vorjährigen Mai. Die »Frankfurter Zeitung« nennt das einen »bemerkenswerten Aufschwung«, unterläßt aber nicht die Einschränkung, daß er sich »weitgehend«, wenn auch nicht ganz, durch den verschiedenen Termin des Pfingstfestes erklärt. Es lag im vorigen Jahr Anfang Juni, in diesem Jahr Ende Mai. Doch im Vergleich mit Mai 1934 beträgt das Umsatzplus gleichfalls 18 Prozent. Damals fielen die Einkaufstage für das Pfingstfest auf ungefähr die gleiche Zeit wie in diesem Jahre. Der Zuwachs ist also in diesem Falle »ganz als Kennzeichen für den Anstieg der Massenkaufkraft zu werten«. So ganz doch nicht, denn die »Frankfurter Zeitung« selbst versäumt nicht hinzuzufügen: »so weit nicht Preisveränderungen mitspielen«. Ein Vergleich mit 1933 sei dadurch erschwert, daß auch da die Pfingsteinkäufe zum größten Teil erst in den Juni fielen. Aber der amtliche Großhandelsindex zeigt in der Zeit von Januar 1933 bis Januar 1935 eine Erhöhung der Preise für Agrarstoffe um 24 und für Textilien um 33 Prozent. Selbst wenn man das Pfingstgeschäft nicht in Rechnung stellt, kommt man zu dem Ergebnis, daß auch seit 1933 — Mehrumsatz seitdem 32 Prozent — nur die Preise und nicht die verkauften Mengen gestiegen sind.

Die Zunahme der Lebensmittelumsätze erscheint der »Frankfurter Zeitung« besonders charakteristisch »für die Stärke des konjunkturellen Umsatzauftriebes«. Sie beträgt seit 1935 15, seit 1933 27 Prozent. Selbst wenn man annimmt, daß der amtliche Index die Preisentwicklung richtig wiedergibt, ist der Auftrieb seit 1933 minimal und unter Berücksichtigung der Verschiebung im Termin der Pfingsteinkäufe gleich Null. Die Butterfilialgeschäfte verzeichnen seit vorigem Jahr einen Mehrumsatz von 4,6 Prozent. Der Umsatz dieses wertvollsten Fetts bleibt also weit hinter dem allgemeinen Lebensmittelumsatz zurück. Darin soll sich »die größere Konstanz der Fettpreise« ausdrücken. Das kann doch nur heißen, daß bei den Waren, deren Preise am wenigsten gestiegen sind, die Geldumsätze den Mengenumsätzen am nächsten kommen. Bei den meisten anderen Waren außer Butter ist also der »konjunkturelle Umsatzauftrieb« nur oder fast nur durch die Teuerung verursacht. Die Umsätze in Textilwaren und Schuhwaren sind seit dem Vorjahr um 20 und 31 Prozent, seit 1934 um 20 und 10 Prozent erhöht. Die Zunahme seit dem Vorjahr ist »wohl weitgehend durch den verschiedenen Pfingsttermin bedingt«, der Unterschied seit 1934 »weitgehend auf die Preisoberhöhungen und Qualitätsverschiebungen bei Textilwaren zurückzuführen«. Es bleibt also vom »konjunkturellen Umsatzauftrieb« nicht viel übrig.

der »alten Kämpfer« in den Krankenkassen bereits zum Himmel stinken. Die Arbeitsfront hat für ihre verdienten Funktionen jetzt ein eigenes Sondergericht zur Aburteilung der Unterschlagungen errichtet, das geheim tagt.

Der Jubiläumartikel verschweigt den »Aufbau« der letzten drei Jahre. Der radikale Abbau der Versicherungsleistungen und die Zerstörung der sozialen Selbstverwaltung fallen nicht unter die Jubiläumsbetrachtung. Aber bombastisch heißt es am Schluß:

»Wahrlich, ein dornenvoller Weg! Ein Weg, der durch die Maßnahmen des Zwischenreiches hart am Abgrund vorbeiging. Nur deshalb nicht im Abgrund endete, da noch rechtzeitig auch für die Deutsche Sozialversicherung Adolf Hitler das Steuer herumwarf.«

Wenn die RVO heute noch als Torso besteht, so ist das nur ein Beweis, daß der deutsche Faschismus in drei Jahren noch nicht alles zerstören konnte, was die Sozialdemokratie in 22 Jahren aufgebaut hat. Es wird allerdings angekündigt, das Fehlende noch nachzuholen.

»Das Ziel des Staates ist, dieses Gesetz wieder übersichtlich, wieder volksnahe zu machen. Die Wege zu dieser Riesenarbeit sind beschränkt.«

Die RVO hat die Probe im Krieg und im Frieden bestanden. Unter dem weiteren Raubbau dürfte aber auch ihre Widerstandskraft zerbrechen. Noch mehr »volksnahe« Belastung — das hält die stärkste Reichsversicherungs-Ordnung nicht aus.

Eine stärkere Zunahme zeigen die »gehobenen Konsumartikel«, Hausrat um 25 Prozent, Funkgeräte um 18 Prozent, Blumengeschäfte um 12 Prozent, Uhren 15, Kraftfahrzeuge 25, Sportartikel 30 Prozent. Der Zusammenhang mit dem Pfingstgeschäft ist hier noch deutlicher. So weit die amtliche Statistik überhaupt verlässlich ist — sie berücksichtigt nur die großen Fachgeschäfte, aber weder die Waren- und Kaufhäuser noch die vielen kleinen Ladengeschäfte —, besagt sie nicht viel mehr, als daß im Dritten Reich die gehobenen Schichten sich »gehobene Konsumartikel« leisten können. Nach dem jüngsten Bericht der Reichskredit-Gesellschaft haben sich »trotz mancher Hemmungen wegen früherer Kapitalverluste und der Emissions-sperre« die Investitionen der Industrie von 1932 bis 1935 verdreifacht. Im Vordergrund der industriellen Investitionspolitik stehe die zweckmäßige Ausgestaltung der Betriebsanlagen mit dem Ziel verbesserten Arbeitseinsatzes, gesteigerter Leistung und günstigerer Rentabilität. Das Mißverhältnis zwischen gedrückter Lebenshaltung und ungeheurer gesteigerter Profitrate zeigt deutlich, wie diese zustande gekommen ist.

G. A. F.

## Literarische Panne

Wie früher, im »Marxistenstaat«, die armen Nazis verfolgt wurden.

Wir lesen in den »Schlesischen Monatsheften« — und das ist eine ganz und gar parteiamtliche nationalsozialistische »Kultur«-Angelegenheit — folgenden Erguß zum 60. Geburtstag eines weithin unbekanntenen »niederschlesischen Dichters«, nämlich des Professors Dr. Hans Zuchhold:

»Die Verneinung des Bolschewismus ist so unbedingt wie sein unbändiger Glaube an deutsches Wesen und deutsche Art. Das allein fesselte den an seiner schweren Verwundung fast verbluteten, nach elender Gefangenschaft ausgetauschten Invaliden an sein Soldatentum: Posen — Spandau — Essen — Solingen und schließlich noch Selbstschutz Oberschlesien, immer wieder der Einsatz des Blutes für sein Volk — einem Walter Flex im Geiste verwandt und ein Führer, besetzt wie der große Tote. Es wundert da nicht, wenn eine Führernatur solchen Formates und von so hohen Geistesgaben als der Jugend Freund und Erzieher aus der Arbeit heraus 1926 zum Oberstudienraternannt und schon drei Jahre darauf als Oberstudiendirektor mit der Schulleitung betraut wurde.«

Im Jahre 1926 war ein lebhafter »marxistischer Untermensch« preußischer Kultusminister, der jene erste Beförderung, und im Jahre 1929 war es ein ganz und gar liberalistisch verseuchter Demokrat, der jene zweite Beförderung unserer anderen Flex-Natur vor der Geschichte zu verantworten hat. Wir sagen heute nichts darüber, ob beide Herren damals dabei sonderlich gut beraten gewesen sind oder nicht. Festzustellen wäre nur, daß

es sich bei dieser Klarstellung um eine arg Panne eines Naziblättchens handelt; denn wo bleibt da noch das nationale Märtyrertum derer, die so tun, als hätten sie vierzehn Jahre nur so »gekämpft« und gelitten?!

## Nationale Infamie in vier Bänden

Von Theoderich bis Horst Wessel...

Nummehr hat sie der einmal gut belaudete Propyläenverlag ausgespielt: nämlich »Die großen Deutschen, neue deutsche Biographien, deren Herausgeber die dinarischen Zeilenschinder Willy Andreas und Wilhelm von Scholz sind. Kostenpunkt des einen Buches (Band 1 und 2) fünfzehn Mark, des zweiten (Band 3 und 4) sogar sechzehn Mark fünfzig. Für's Geld kann doch wohl auch etwas geboten werden, nicht wahr? Nun das sieht so aus — nach einer diesbezüglichen Buchkritik in der »Geistigen Arbeit« — Zeitung aus der wissenschaftlichen (!) Welt, Berlin —: »Das Werk — Die großen Deutschen, neue deutsche Biographien liegt jetzt in vier Bänden fertig vor. Es beginnt mit Arminius und Theoderich und schließt mit Horst Wessel und Hindenburg.« Röhm ist wahrscheinlich nachträglich wieder ausradert worden...

Die Kritik der »Geistigen Arbeit« sagt weiter: »Sie (nämlich die großen Deutschen, Horst Wessel inklusive! D. R.) starben als große Einsame und schöpften ihre Lebenskraft aus der eignen Brust«. Nun, ganz einsam war der Horst Wessel sicherlich nicht; wenigstens ist sein Gewerbe nicht ganz solo denkbar. Und aus der »eigenen Brust« dürfte er auch weniger »geschöpft« haben, als aus fremden Portemonnaies. Immerhin, immerhin... Solche nationale Widerlichkeit ist jetzt in Hitlerdeutschland die gut bezahlte Mode!

## Der nordische Schalk

In der »Westfälischen Landeszeitung« wird ein neues Buch »Rasse und Humore« besprochen. Der Rezensent schreibt über den Inhalt:

»Humor im eigentlichen Sinne ist eine ausgesprochen nordische Wesenseigentümlichkeit. Grimmig oder schalkhaft, im Abstand vom eigenen Ich mit der Fähigkeit begabt, sich selbst zum besten zu haben, empfinden wir ihn als sehr nordisch, deftig, gelassen und weltweit mehr fälsch als »Pikanterie« und »Aplomb« vorwiegend westlich, in schwunghafter Derbheit dinarisch und als stillvergnügte Pfriffigkeit ostisch, während die Zwiespältigkeit der ostbaltischen Seele in einem fatalistisch-trübsinnigen Zug ihres Humors deutlich zum Ausdruck kommt! — Zum Schluß erleben wir die sehr aufschlußreiche Bestätigung des unüberbrückbaren nordisch-jüdischen Gegensatzes auch hier wieder, denn die jüdische Rasse kennt keinen Humor in unserem Sinne.«

Wenn man das so liest, könnte man den — vermutlich nordischen — Autor des Buches in seinem schalkhaften Grimm wirklich beinahe für einen Witzbold halten — allerdings für einen unfreiwilligen.

## Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphic«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kó 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kó 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kó 2.— (Kó 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50) Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengó 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakel: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.